

G 20 Gipfel



Nr.18 | August 2017

Infobrief - Extra

des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik

Inhalt	Seite
Vorwort oder warum diese Extra-Ausgabe zum G20-Gipfel?	03
Warum sprechen wir vom Notstand der Republik	04
AKTUELLES zum Notstand der Republik	
Der Lack ist ab ...	05
Über die, die sich da trafen, und was wir in Hamburg v.a. gesehen haben – der Staat als Instrument der herrschenden Klasse	08
Stell dir vor, der Gewaltenapparat provoziert einen Aufstand – und wir sind cleverer	10
G20 in Hamburg – „Festival der Staatswillkür“ und die Normalisierung des Ausnahmezustands	13
Die GeSa – Wo die Polizei regiert	15
Ausschnitt: Polizeiwillkür durch Staatsanwaltschaft bestätigt	16
Die Freiheit der Presse – wenn „der Reporter zum Aktivist mutiert“	17
Wie die Polizei, so die Politik – Über bisherige und kommende Angriffe auf die Demokratie	19
„Gefährder-Gesetz“: Lebenslange Schutzhaft in Bayern	21
Der neue §114 StFB „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“: Wer Bullen schubst, wird eingesperrt	22
Aktionen gegen/während G20	23
Wir dokumentieren: G20 heißt auch: Gipfel der Überwachung	25
Wir dokumentieren: Stellungnahme zu den Ereignissen vom Wochenende	27
STELLUNGNAHMEN	
DIDF Jugend	29
Freie Deutsche Jugend	30
Grüne Jugend	31
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend	32
SJD – Die Falken, Landesverband NRW	34
Verdi Jugend	37
MATERIAL zum Notstand der Republik	39
Flugblätter	Anhang

Vorwort oder warum diese Extra-Ausgabe zum G20-Gipfel?

Der Notstand der Republik, die Willkür des Staatsapparates war in deutlicher Aktion in Hamburg:

Über 20.000 Polizisten mit neuer Hochrüstung wie den Bürgerkriegs-Radpanzern, über 150 scharfe Hunde, 62 Pferde, zudem u.a. 5.200 Feuerwehrkräfte, Rotes Kreuz, THW, DLRG, und die Bundeswehr – zu Wasser, zu Land, im Luftraum. 38qkm ohne jegliches Grundrecht, eine Gefangenensammelstelle für 400 zu inhaftierende Bürger, ein extra eingerichtetes Sondergericht. Auf uns Jugendliche wurde eingepflegt, CS Gas gesprüht, angemeldete Versammlungen wurden auseinandergejagt, Camps von der Polizei entgegen gerichtlich bestätigter Beschlüsse geräumt. Jugendliche wurden über 50 Stunden weggesperrt, gegen viele Untersuchungshaft verhängt. Journalisten wurde die Berichterstattung verboten, Anwälte weggejagt. Der neue § 114 StGB (tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte) wird nun praktisch gegen uns angewandt, in Bayern wurde kurz nach dem G20 Gipfel ein neues

Polizeiaufgaben„gesetz“ erlassen, das es ermöglicht, „Gefährder“ ohne zeitliche Grenze wegzusperren.

Und die Herren von Audi, Daimler, Deutsche Bank und Co, die durch ihre Betrügereien tausende von Menschenleben auf dem Gewissen haben, gegen die tausende von Verfahren anhängig sind, werden derweil vom deutschen Staat gehegt und gepflegt...

Wir meinen: Höchste Zeit unseren Widerstand zu bündeln, gemeinsam und organisiert gegen die Verbrechen des deutschen Imperialismus und den Notstand der Republik zu kämpfen. Denn dies – und das zeigt Hamburg auch – war beim G20 Gipfel nicht der Fall. Das muss sich nun schleunigst ändern. Dieser Infobrief soll einen ersten Schritt darstellen: Lasst uns vereint dieser Staatswillkür entgegentreten! Einstellung aller Strafverfahren gegen die G20 Gegner! Statt den Notstand der Republik – Kampf diesem Staatsapparat durch die Vereinigung der revolutionären Jugend!



Warum sprechen wir von „Notstand der Republik“?

Die Regierenden schränken seit Jahren unsere demokratischen Rechte ein, die Militarisierung der Gesellschaft schreitet zügig voran, der staatliche Gewaltenapparat wird rechtswidrig zentralisiert, Deutschland führt Krieg und offen werden neue Kriege gefordert und vorbereitet... – die Kriegsgefahr

steigt und die Demokratie und die bürgerliche Republik sind in Gefahr! Wo in den 1960er Jahren durch die Notstandsgesetze der „Notstand der Demokratie“ drohte, herrscht heute ein ständiger „Notstand der Republik“.

Wir sagen: Schluss damit, heraus auf die Straße!

Wenn sie nicht mal mehr vom Frieden reden...

„Wenn die Oberen vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, dass es Krieg gibt“, schrieb Bertolt Brecht in einem seiner Gedichte. Weiter schrieb er: „Wenn die Oberen den Krieg verfluchen, sind die Gestellungsbefehle schon geschrieben.“ Bei uns wurde bis vor kurzem viel von Frieden gesprochen und der Krieg auch ganz fleißig verflucht. Seit dem mit der Annexion der DDR 1990 wieder größer gewordenen Deutschland aber keine Zügel mehr angelegt sind und im neunten Jahr der Weltwirtschaftskrise reden die da oben schon nicht mehr so viel vom Frieden. Immer offener sprechen sie aus, dass Deutschland nicht nur Krieg führt, sondern die

Kriege der Zukunft sehr viel größeren Ausmaßes sein werden und vor allem nicht ohne deutsche Beteiligung denkbar sind. „Wir“ sind längst wieder wer und dürfen ohne völkerrechtliche oder moralische Beschränkungen auf der Weltbühne ökonomischer und militärischer Macht mitspielen. Ganz im Sinne des Ausspruches „Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Carl v. Clausewitz) werden eine noch schlagkräftigere deutsche Armee – bereit für Krieg und Besatzung in aller Welt – gefordert und geschaffen und der ideologische Nährboden für neue Kriege bereitet.

Bundeswehr – eine neue Armee für neue Kriege

Die großen Kriege wurden immer um den Einfluss auf Rohstoffquellen und Absatzmärkte geführt. Sie wurden zwischen denjenigen imperialistischen Staaten geführt, die sich bei Expansion und Machtausweitung in die Quere kamen. Krieg war schon immer das beste Mittel zur Ankurbelung der schwächelnden kapitalistischen Wirtschaft. So wurde nicht nur die große Wirtschaftskrise von 1929-32 mit Bomben und Massenmord gelöst. In einer Welt, in der nur der Profit zählt, ist jedes Mittel recht. Ein englischer Gewerkschafter beschrieb das schon im 19. Jahrhundert: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle

menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ Mittlerweile wissen wir, wie Recht er hatte. Auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat die Welt nicht friedlicher gemacht. Und sie ist, entgegen offizieller Verlautbarungen aus Berlin mitnichten überwunden. Sie hat den Wettstreit um Rohstoffe und Märkte radikalisiert, immer aggressiver drängen die Vorfeldorganisationen der deutschen Wirtschafts- und Außenpolitik auf die Erschließung neuer Märkte im Ausland, auf die Preisgabe nationalstaatlicher Souveränität anderer Staaten. Damit werden zwar keine wankenden Volkswirtschaften, dafür aber die Portemonnaies deutscher Großbanken gerettet.

Militarisierung der Gesellschaft und die Jugend für den Krieg

Die wachsenden Widersprüche zwischen den reichsten Staaten der Welt erhöhen die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Währenddessen sollen wir auf kommende Kriege vorbereitet werden. Seit Jahren können wir ohne große Anstrengung verfolgen, wie die Gesellschaft zunehmend von militaristischem Gedankengut, der Erziehung zum Krieg durchdrungen wird. Ein aufmerksames Auge

reicht aus, um zu erkennen, dass wir an Krieg als Normalzustand, an Soldaten in Uniform und unter Waffen gewöhnt werden sollen. Bei Zeltlagern der Bundeswehr wird mit Kindern die Jagd auf Partisanen oder das Entschärfen von Minen geübt, die Bundeswehr lockt mit „BW-Beachen“, „BW-Soccer“ oder „BW-Adventure-Games“ und verspricht Preise wie „Sardinienreise mit der Luftwaffe“, „Bergtour bei

den Gebirgsjägern“ oder „Eine Woche lang Soldat-Sein“. Dutzende bundeswehreigene Internetseiten sollen junge Menschen ködern, Tage der offenen Tür, Waffenschauen und Fernsehspots werben für den Dienst an der Waffe, in den Schulen wird schon mit Unterrichtsmaterialien der Armee gearbeitet und die Bundeswehr nistet sich in Arbeitsämtern, auf Volksfesten, bei Jobbörsen und anderswo ein. Sie

schließt Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien, durch welche der Einsatz sogenannter Jugendoffiziere in den Schulen intensiviert werden soll. Dabei ist eines klar: Wo Soldaten den Unterricht übernehmen, ist eine Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung unmöglich und das demokratische Bildungssystem in Frage gestellt.

Der Umbau des Staates für den Krieg

Seit Jahren können wir außerdem beobachten, wie der deutsche Gewaltenapparat Stück für Stück umgebaut wird. In diversen Einsatzzentren arbeiten Geheimdienste, Polizeien und Armee zusammen, was in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus nie wieder hätte sein dürfen. Damit verstößt die Bundesregierung gegen deutsches und internationales Recht. Das Bundeskriminalamt wird mit immer neuen Befugnissen ausgestattet und zu einer Art Geheimpolizei umgestaltet. Eine Bundespolizei wurde geschaffen, die es laut Völkerrecht nicht geben dürfte. Nach Plänen aus Berlin sollen Bundespolizei und BKA zusammengelegt werden, um eine Behörde aus Strafverfolgung, geheimdienstlicher Aufklärung und Exekutive mit fast unbeschränkten Befugnissen und abseits jeder demokratischen Kontrolle zu schaffen. So etwas gab es seit dem Reichssicherheitshauptamt der Hitler-Faschisten nicht mehr und darf es auch nicht geben. Die Bundeswehr nistete sich mit dem sogenannten „Heimatschutz“ in der zivilen Verwaltung ein. In allen Landkreisen, Regierungsbezirken und Landesregierungen wurden Stützpunkte sogenannter Verbindungsoffiziere errichtet, die Einfluss auf die lokale Politik ausüben und sich in „Bedrohungslagen“ die Rettungs- und Hilfsdienste unterordnen sollen. Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, sie übt sich im Kampf gegen Streikende und in der Niederschlagung von Aufständen und Demonstrationen auf Bundesgebiet. Aus den genannten und vielen weiteren Gründen sprechen wir von einem ständigen „Notstand der

Republik“. Durch den größten Staatsumbau in der Geschichte der BRD sehen wir die Demokratie und den Frieden gefährdet und rufen jeden Kriegsgegner, jeden Demokraten und Antifaschisten auf, mit uns gegen den Notstand der Republik zu kämpfen!

In den 1960er Jahren gingen Hunderttausende gegen den Notstand der Demokratie auf die Straße, weil die Regierung kurz nach dem deutschen Faschismus wieder Notstandsgesetze in die Gesetzbücher schrieb, mit denen das Kriegsrecht ausgerufen und die Demokratie außer Kraft gesetzt werden kann. Heute brauchen die Regierenden keine Notstandsgesetze mehr. Sie schaffen den ständigen, den alltäglichen Notstand.

Sie zerschlagen die Demokratie per Gesetz oder durch die Praxis ohne rechtliche Grundlage, sie bringen das Militär im Inland in Stellung und scheren sich dabei einen Dreck um bestehende Gesetze. Was in den bürgerlichen Republiken dieser Welt gilt, soll in Deutschland nicht mehr gelten: Dass Grund- und Freiheitsrechte in erster Linie Schutzrechte des Staatsbürgers vor der Willkür des Staates sind. Wo diese nichts gelten, ist die bürgerliche Republik in Gefahr.

Den Widerstand dagegen zu bündeln, ist Aufgabe des Jugendaktionsausschusses – Notstand der Republik. Wir laden jeden, der sich diesen Zielen anschließen möchte, ein, mit uns gemeinsam gegen den Krieg und die Zerschlagung der Demokratie zu kämpfen.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org • Mail: info@Jugendkongress-NdR.org
Spenden: M. Wildmoser, IBAN: DE09 2004 1144 0319 6284 00, BIC: COBADEHD044, comdirect

AKTUELLES zum Notstand der Republik

Der Lack ist ab ...

„Zumindest Donald Trump war zufrieden. ‚Sie haben einen großartigen Job gemacht‘, so der US-Präsident zu Bundeskanzlerin Angela Merkel [...]. Doch selbst Trumps Lob konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der G20-Gipfel in Hamburg am Ende nur knapp an einer Blamage vorbeischrämte.“ so schreibt die ARD nach dem G20-Gipfel in Hamburg.

Die CDU/CSU samt Angela Merkel und auch die SPD Hamburg hatten sich das anders gedacht mit dem G20-Gipfel.

3 Monate vor den Wahlen noch mal ein großes Spektakel. Merkel als große „Weltkanzlerin“, die die größten Imperialisten empfängt und laut Presse damit einen klaren Wettbewerbsvorteil für die Bundestagswahl hat. Hamburg als „weltoffene“ Stadt...

So war es gedacht, nachdem die Hamburger Bevölkerung doch auch schon dem Spektakel Olympia eine Absage erteilt hatte und hier nun nichts mehr zu holen war.

Im Februar 2016 gab Merkel bekannt, dass das G20-Treffen in Hamburg stattfinden soll.

Merkel sagte, sie erlaube sich anzukündigen, „dass Hamburg Gastgeberstadt sein wird für das 2017 in Deutschland stattfindende G20-Treffen“. Merkel fügte an: „Ich glaube, das trifft sich gut mit der Weltoffenheit Hamburgs.“ Die Gewerkschaft der Polizei hingegen findet das Stattfinden des G20-Gipfels in Hamburg gar nicht so toll. Man wisse nicht wie das geleistet werden soll und es würde sehr schwierig werden, so der GdP-Vorsitzende Schleswig-Holstein.

Der rot-grüne Senat schreibt ab Februar 2016 auf seiner Homepage: „Es entspricht dem Optimismus, der Weltoffenheit und Gastfreundschaft unserer Stadt, die Entscheidung der Bundeskanzlerin für Hamburg als Treffpunkt der wichtigsten Politikerinnen und Politiker der Welt zu begrüßen und sich im Sommer 2017 als guter Gastgeber für den G20-Gipfel zu präsentieren.“ „Es wird eine besondere Ehre für uns sein, so viele Staats- und Regierungschefs in unserer Stadt begrüßen zu können“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD).

Nur wusste Merkel da noch nicht, dass im Januar 2017 Donald Trump Präsident der USA wird und nicht die Demokraten. Und die Lage der Arbeiter und

Demokraten in der Türkei, sprich der Polizeistaat Erdogans, war auch noch in einem anderen Zustand. Spätestens ab Januar 2017 war also klar, dass dieses „Hamburger Spektakel“ an Glanz verlieren wird. War doch klar, dass mit Trump, Erdogan, Putin und Co. die Widersprüche der Imperialisten auf den Tisch kommen und Merkel starke Gegner hat und der Bevölkerung nicht mal mehr ein Fitzelchen Kapitalismus als Humanismus verkaufen kann.

Spätestens hier hilft auch keine neue Elb-Philharmonie mehr, denn große Teile der Hamburger Bevölkerung wollten all diese Verbrecher tatsächlich nicht in der Stadt haben.

Hier wurde der CDU/CSU, Frau Merkel und dem Hamburger Senat klar, dass auch Demokraten, Antifaschisten und die Hamburger Bevölkerung nicht einfach zu Hause bleiben würden. Also blieb nur eins, die Probe des Polizeistaats in Hamburg.



Ab Anfang 2017 liest man in den Zeitungen von „tausenden gewaltbereiten Linksextremisten“ und mit Horrorszenarien wurde das „Feindbild Links“ geschaffen. „Die Sicherheitsbehörden sind bestens vorbereitet“, sagte Innensenator Andy Grote (SPD). „Auch der bereits offenkundigen Gewaltbereitschaft krimineller antidemokratischer Linksextremisten wird die Polizei mit aller Entschlossenheit begegnen“, heißt es dann im März 2017.

Noch Anfang des Jahres forderten Politiker der großen Koalition in Berlin die strafrechtliche Verfolgung von sogenannten „Fake-News“. Kurz vor dem G20-Gipfel scheint es, als würde die Hamburger Polizei sich dieses Mittels bedienen, um im Vorfeld

der Demonstration gegen den G20-Gipfel „Welcome to Hell“ Stimmung zu machen. Schon ab Juni wurde eine Zahl von 4.000 „Gewaltbereiten“ in den Ring geworfen. Die Zahl stieg ab Anfang Juli sprunghaft über 8.000 bis auf 10.000 an. Außer dem Hinweis auf angebliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes gab es nichts, was diese Angaben glaubhaft machen konnte.

Der G20-Gipfel verändert Hamburg. Schon bevor es losgeht werden gewalttätige Auseinandersetzungen herbeigeschrieben, die Polizei „übt“ spätestens seit dem OSZE-Treffen Ende 2016 öffentlichkeitswirksam für den G20-Gipfel, in Harburg wurde auf 12.000 Quadratmetern eine Gefangenensammelstelle gebaut – 400 Zellen für G20-GegnerInnen, bis zu 20.000 Landes- und BundespolizistInnen, Spezialeinsatzkommandos, 140 Staatsanwälte sollen die Strafverfolgung der Gipfelgegner gewährleisten, die Bundeswehr wird eingesetzt.



Der anwaltliche Notdienst des Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. schreibt am 28.06.17:

„Die Allgemeinverfügung vom 1. Juni 2017 verbietet für die Zeit vom 7. Juli, 6 Uhr bis 8. Juli, 17 Uhr, in einem Stadtgebiet von 38 Quadratkilometern zwischen Hafen und Flughafen jede Versammlung und Demonstration. Die Teilnehmer des G 20 sollen den Protest der Stadt nicht hören und sehen. Die Hamburger Politik nennt das Demokratie und übergibt die Einsatzleitung an den bekannten Hardliner der Polizei, Hartmut Dudde. Innensenator Grote warnt wahlweise vor spontanen Sitzblockaden – sie könnten das Leben kosten – und ‚militanten Linksextremisten‘.

Der Anwaltliche Notdienst zum G20 stellt fest:

Bürgerlich-demokratische Rechte werden suspendiert. Wer die Sperrwirkung der Grundrechte nicht anerkennt, ramponiert die Demokratie. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in der ‚Brokdorf‘-Entscheidung von 1985 werden angesichts der martialischen Aufrüstung der Stadt mit Füßen getreten. Die verfassungsrechtlichen Garantien sind: die Möglichkeit der freien, offenen, unreglementierten Einflussnahme auf den ständigen Prozess der politischen Meinungsbildung, die sich grundsätzlich staatsfrei vollziehen können muss, die Respektierung der Versammlungsfreiheit als ein Stück ‚ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie‘, weil sie als ein ‚politisches Frühwarnsystem‘ notwendig ist, ‚Kurskorrekturen der offiziellen Politik‘ möglich zu machen.“¹

Rechtsanwältin Gabriele Heinecke vom Anwaltlichen Notdienst G20 erklärt zu den Vorgängen während des G20-Gipfels:

„Wem an dem Erhalt der Demokratie liegt, sollte durch die Erfahrungen der letzten Tage gewarnt sein. Es herrschte ein Ausnahmezustand mit einer flächendeckenden Aushebelung des Versammlungsrechts und mit einer erschreckenden Rücksichtslosigkeit von Seiten der Polizei gegenüber Leib und Leben der Demonstranten. Es kann nicht richtig sein, unter Hinweis auf Straftaten am Rande von Demonstrationen oder auf Krawalle im Schanzenviertel, die Unverbrüchlichkeit von Grundrechten in Frage zu stellen. Und es kann nicht richtig sein, jetzt unter dem Ruf nach hohen Strafen für Gewalttäter von den massiven Fehlern und Rechtsbrüchen der Polizei abzulenken. Wenn die Jugend massenhaft wütend ist, muss man sich über die Ursachen Gedanken machen. Der Ruf nach dem harten Staat hat bisher nur zu weniger Demokratie, nicht aber zu einer Lösung geführt.“²

Beim Hamburger Senat heißt es: „In unserer Stadt verbindet sich die Tradition und Gegenwart des Welthandels und der Globalisierung mit der wahrgenommenen Verantwortung für die Eine Welt.“³ Doch Hunger, Krieg und Elend lassen sich inzwischen nicht mehr übertünchen.

Denn der Lack ist ab....

Es ist ihre Schwäche, dass die Herrschenden vor allem auf ihr eigenes Wohl konzentriert sind und denken, man könnte der Bevölkerung das kapitalistische System in neuem Glanz verkaufen. Sie haben eben doch eine Schwäche: Ihre Angst vor uns!

(Katrin)

¹ <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/node/16>

² <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/G20-Festival-der-Grundrechtsverletzungen>

³ <http://www.hamburg.de/g20-gipfel/hintergrund/>

Über die, die sich da trafen, und was wir in Hamburg v.a. gesehen haben – der Staat als Instrument der herrschenden Klasse

Da trafen sich in Hamburg also die 20 ökonomisch und politisch stärksten Staaten der Welt, um ihre jeweiligen Interessen zu verhandeln, ihre Spielräume auszuloten und ihre Allianzen mit einem Teil der Versammelten gegen einen anderen Teil zu festigen oder aufzukündigen.

Dass es bei dem Treffen nicht – wie bei solchen Anlässen nie – um die Interessen des „kleinen Mannes“, der Arbeitenden und Lernenden, der übergroßen Mehrheit der Weltbevölkerung ging, ist genauso klar wie, dass es nicht um eine „gerechte Weltordnung“, den Frieden, die Beseitigung von Hungersnot, längst heilbaren Krankheiten, Fluchtursachen, Massenerwerbslosigkeit oder anderen Begleiterscheinungen des alltäglichen kapitalistischen Wahnsinns ging. Schließlich waren hier die „Eliten“ eines Systems versammelt, das seine Überholtheit und Menschenverachtung schon millionenfach bewiesen hat, und ihr Job in Hamburg war es, die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten. Was genau am Rande der großen Konferenzen, bei Banketten und Cocktailparties vereinbart wurde, wissen wir nicht – wir werden es in den kommenden Monaten in Form von Gesetzesverschärfungen, Handelsabkommen und -embargos, neuen Bürgerkriegen und Kriegseinsätzen erfahren.

Was uns in Hamburg aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist dass die Herrschenden ihre Ordnung nicht allein durch Reden und Diplomatie aufrecht zu erhalten gedenken, sondern ihnen jedes Mittel der Gewalt recht ist, dass kein erkämpftes

demokratisches Recht, kein Schutzrecht des Bürgers vor dem Staat mehr Gültigkeit hat und der Deckmantel der bürgerlichen Demokratie mehr und mehr der offenen Gewaltherrschaft, der blanken Staatswillkür zu weichen hat. Wir sahen in Hamburg vor allem einen bis auf die Zähne bewaffneten und von jeder Hemmung befreiten Gewaltenapparat. Es zeigte sich ein Staat, der seine Weltmachtgeltung wieder mit Waffengewalt nach außen durchsetzt und dafür „Ruhe an der Heimatfront“ braucht, ein Staat, der jeden noch so geringen Widerstand von Antifaschisten, Kriegsgegnern, von aufrechten Gewerkschaftern und der revolutionären Jugend im Keim zu ersticken gedenkt.

Die Szenen von Gewalt und Chaos waren bewusst inszeniert und provoziert, das vermeintliche Bürgerkriegsszenario ist, was die Herrschenden als Zukunft ihrer Ordnung sehen.

Da trafen sich also die mächtigsten Staaten der Welt und der deutsche Staat hat vorgeführt, was er gegen den „inneren Feind“ zu bieten hat. Was ist dieser „Staat“? Die einen mögen sagen „das Konstrukt, das alles am Laufen hält“, andere mögen sagen „die Beamten, Schulen, Ämter, Autobahnen...“, „der Apparat, der von unseren Steuern lebt“ oder „der Staat, das sind doch wir alle“.

Friedrich Engels, Weggefährte von Karl Marx und Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus hat sich dieser Frage 1894 in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ gewidmet. Dort ist zu lesen:

Der Staat ist „ein Produkt der Gesellschaft auf



bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. ... Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.“

Der Staat ist also Ausdruck einer Gesellschaftsordnung, die in Klassen gespalten ist, deren Interessen sich nicht in Einklang bringen lassen, weil die einen ausbeuten und unterdrücken, während die anderen ausgebeutet und unterdrückt werden. Dieses Verhältnis von Ausbeutung und Unterdrückung – auch mit Gewalt – aufrechtzuerhalten, ist Aufgabe des Staates.

Bertolt Brecht: Im Gefängnis zu singen

Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen,
Sie haben Gefängnisse und Festungen,
Ihre Fürsorgeanstalten zählen wir nicht.
Sie haben Gefängniswärter und Richter,
Die ihr Geld bekommen und zu allem bereit sind.
Ja, wozu denn?
(Glauben sie denn, daß sie uns damit kleinkriegen?)
Eh' sie verschwinden, und das wird bald sein,
Werden sie gemerkt haben, daß ihnen das alles nichts mehr nützt,
Daß ihnen das alles nichts mehr nützt.

Sie haben Geld und Kanonen,
Die Gummiknüppel zählen wir nicht.
Polizisten und Soldaten.
Ja, wozu denn?
(Haben sie denn so mächtige Feinde?)
Sie glauben, da muß doch ein Halt sein,
Der sie, die Stürzenden stützt.
Eines Tages, und das wird bald sein,
Werden sie sehen, daß ihnen alles nichts nützt.
Und dann können sie noch so laut Halt schrei'n,
Weil sie weder Geld noch Kanonen mehr schützt.

So steht er heute da, der Staat der Kapitalisten – als Organ der Unterdrückung. Man schaue sich das staatliche Handeln an und stelle fest, in wessen

Interesse gehandelt wird. Haben beispielsweise die Hartz-Gesetze der werktätigen Bevölkerung irgendeinen Nutzen gebracht oder haben sie nur die Ausbeutung und den Profit des Kapitals vervielfacht? Haben die Bundeswehreinheiten im Ausland den hier oder dort lebenden Menschen das Leben verbessert oder nur den Kassenstand der Rüstungsmonopole, der Rohstoffkonsumenten und Handelskapitalisten? Engels schrieb weiter: Ein Merkmal des Staates „ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen ... Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängeln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nicht wußte. ... Sie verstärkt sich aber in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen.“ (Engels, ebd.)

Lassen wir mal dahingestellt, wie es um die revolutionäre Bewegung bestellt ist oder inwieweit sich die Klassengegensätze in der Bundesrepublik verschärfen. Schauen wir uns, wie die Herrschenden sich und ihre „öffentliche Gewalt“ aufgestellt haben.

Der Staatsapparat des deutschen Kapitals in Zahlen

- Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Bereich Politische Führung und zentrale Verwaltung: ca. 471.000
- „Verteidigung“ : ca. 247.000
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung: ca. 454.000 (davon Bundespolizei und Polizei: ca. 311.000)¹
- Rechtsschutz: ca. 178.500

Der deutsche Gewaltenapparat im Detail:

- Bundespolizei: ca. 41.000
- Sonstige Polizei (ohne Verwaltungsbeamte): ca. 220.000
- Bundeskriminalamt: 5.515
- Landeskriminalämter: ???
- Bundesamt für Verfassungsschutz: ca. 2.900
- Landesämter für Verfassungsschutz: ???
- Bundesnachrichtendienst: ca. 6.000
- Militärischer Abschirmdienst: ca. 1.090
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: ca. 400
- Zoll: ca. 39.000
- Richter: ca. 20.300
- Staatsanwälte: ca. 5.300
- Bundeswehr: ca. 177.900
- Reservistenverband: über 115.000 Mitglieder

- Technisches Hilfswerk: ca. 83.000 Ehrenamtliche, 800 Hauptamtliche
- Sicherheitsdienste der Kommunen: ???
- Private Sicherheitsunternehmen: ???

Das ist das Arsenal, das die Herrschenden aufgefahren haben, um ihre Ordnung zu schützen. Das klingt allmächtig, unüberwindbar, und dennoch: „Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir

nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“ (Engels, ebd.)

(Julian)

¹ Die Werk­tätigen zahl­ten 2014 für sämt­liche Län­der­poli­zeien 14 Mil­liar­den €, 2,7 Mil­liar­den € für die Bun­des­poli­zei und 2,2 Mil­liar­den € für den Zoll. Macht summa summa­rum 18,9 Mil­liar­den € allein für den Poli­zei­appa­rat. Bei 31 Mil­lionen so­zial­ver­si­che­rung­pflich­ti­gen Werk­tätigen zahlt also jeder pro Jahr 609 € für den Unter­drückungs­appa­rat Poli­zei, der die herrschenden Macht- und Besit­z­ver­hält­nisse auf­rechterhalten soll. Was lie­ße sich davon alles bezah­len?

Stell dir vor, der Gewaltenapparat provoziert einen Aufstand – und wir sind cleverer!

„Wir sind überall.“ „Wir können innerhalb weniger Minuten in jedem Winkel der Stadt sein.“

Worte des Polizeipräsidenten R. Meyer bei der Pressekonferenz der Polizei Hamburg für G20.¹



Augenscheinlich hat der Polizeiapparat aus den Vollen geschöpft, nahezu sämtliches deutsches Polizeiequipment wurde nach Hamburg gebracht. So stellten die verschiedenen Länder 20 000 Beamte, dazu kamen noch ca. 4000 Beamte der Bundespolizei und das Bundeskriminalamt schickte ca. 1000 Beamte. Außerdem wurden 185 Polizeihunde und mehrere Reiterstaffeln nach Hamburg geholt. 11 Hubschrauber der Landespolizeien und 17 der Bundespolizei im Einsatz, die die Lage von oben aus beobachteten. Noch dazu wurden ca. 3000 Einsatzfahrzeuge bereitgestellt, unter anderem 40 Wasserwerfer. Sogenannte mobile Interventionskomponenten bestanden aus deutschen Sondereinsatzkommandos, aus Österreich waren ca. 215 Beamte unter

anderem der Sondereinheiten EKO – Cobra (ca. 20) und der WEGA (bewaffnete Häuserkampf, Niederschlagung von Widerständen) mit ca. 70 Beamten nach Hamburg geschickt worden. Die Bundeswehr half auf Ersuchen der Stadt Hamburg mit 40 – 50 sogenannten Amtshilfen z.B.: mit der Bereitstellung von Radars für Luftlagebilder, speziellen Unterwasserdrohnen und Transportfahrzeugen und war damit sehr wohl am G20 Gipfel beteiligt.²

Der Polizeipräsident, stolz bei der Pressekonferenz vor dem Gipfel: „Sie werden das gesamte deutsche Polizeiequipment hier in Hamburg sehen, nur wenn’s geht möglichst zurückhaltend, wenn wir’s komplett brauchen packen wir halt eben alles aus.“³ Nach drei Stunden des Zusehens der Polizei im Schanzenviertel konnten alle sehen, was er wohl auch meinte – das GSG9! Sicherlich war das dennoch nicht alles!! Doch der Polizeiapparat war nur ein Teil des gesamten Gewaltenapparates, der in Hamburg agierte. Ohne andere (Hilfs-)Organisationen, die im Vorfeld in Ausschüssen und Kommandos den Gipfel in seiner Organisation mitgeplant haben, wäre die Polizei blöd dagestanden. Um einen solchen Gipfel in Schach halten zu können und eine Aufstandsbekämpfung üben zu können, braucht es nämlich viel mehr als nur die Polizei. Es ist ein Zusammenspiel vieler Organisationen und das Perverse daran ist, dass vor allem (Hilfs-) Organisationen, die zum großen Teil aus ehrenamtlichen Helfern bestehen, hinzugezogen wurden. Warum? Weil seit Jahren die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit

existiert und praktiziert wird, was nichts anderes heißt als: Zivile Organisationen, Ehrenamtliche im DLRG, Roten Kreuz usw. werden, bei Einsätzen wie G20, herangezogen und stehen unter der Befehlsgewalt von Polizei und Militär. Das heißt, dass es für uns mehr und mehr zu einer Selbstverständlichkeit werden soll, als Ehrenamtlicher in einer Hilfsorganisation im Namen der Humanität gegen die eigenen Mitbürger vorzugehen.⁴

Und genau das passierte auch in Hamburg:

„Das ist Hamburg, vielen Dank“⁵ - ein Statement von ehrenamtlichen Jugendlichen der DLRG. Sie meinten die Unterstützung der Bevölkerung gegenüber den Hilfskräften. Ja, aber was sie nicht sehen, ist, dass die DLRG für die Überwachung von Gefahren auf der Elbe eingesetzt worden ist. Klar kann man denken: Sicherlich schreiten wir ein, wenn einer ins Wasser fällt. Aber die Frage ist: Wer stößt ins Wasser? Und wo stehen wir DLRGler? Bleiben wir dabei, jemanden, der ins Wasser fällt zu retten? Oder fragen wir uns, was wir da tun? Sollen wir zugucken und bereitstehen, weil die, mit denen wir „zusammenarbeiten“, jemanden ins Wasser stoßen? Ist das unser Auftrag? Zum Beispiel: Ist es nicht ein Wunder, dass es bei dem Angriff der Polizei auf der „Welcome to hell“ – Demo nicht passiert ist, dass jemand in der Elbe landete, wo Wasserwerfer den Wasserstrahl auf Menschen gehalten hatten, die unmittelbar und in Massen am Ufer standen?⁶

Ausdrücklich war der Auftrag, den gesamten Wasserraum zu schützen, von der Feuerwehr an die DLRG abgegeben worden⁷. Schützen vor wem oder was? Vor denen, die sich nicht einspannen oder sich instrumentalisieren lassen, die es nicht akzeptieren, was jenseits der Elbe gegen uns entschieden wird?

Und was war mit der (freiwilligen) Feuerwehr in Hamburg?

Aussage der Feuerwehr: „Es war für sie der größte Einsatz seit dem zweiten Weltkrieg“.⁸ Den 2400 Beamten der Berufsfeuerwehr stehen 7000 Einsatzkräfte zur Verfügung – Angehörige von Hilfsorganisationen aller Art.

Rettungsleitstelle, Kfz-Werkstätten, Kampfmittelräumdienst, die Sicherung des Abtransports vieler Verletzter. Für das alles ist die Feuerwehr in Hamburg zuständig gewesen. Außerdem wurden die Feuerwehren extra für diese Art von Veranstaltung mit Spezialmanschetten für stark blutendende, klaffende Wunden versorgt. Und auch die Einsatzfahrzeuge werden so umgerüstet, dass im Kampffall viele Personen an Ort und Stelle medizinisch behandelt werden können – garantiert durch Urlaubssperre! Übrigens darf die Feuerwehr auch Erfahrungen im Ausland nach Anschlägen sammeln, um für einen zukünftigen Anschlag bestmöglich gerüstet zu sein.⁹

Die Frage stellt sich: Für wen? Für was?

Ein Gewaltenapparat steht, wenn er es geschafft hat, die Bevölkerung zu spalten in „tauglich und nicht tauglich“ – für was? Für das Verteidigen seiner Interessen! In heutigen Zeiten bedeutet das nicht „nur“ Krieg, sondern Weltkrieg!

Er will es schaffen, uns gegeneinander aufzuhetzen, dass Festangestellte gegen Leiharbeiter und Werksverträger wettern, die gegen die Hartzler, die gegen den Flüchtling (80 Cent die Arbeitsstunde wie im Bundesintegrationsgesetz festgelegt), „Ordnung“ gegen Courage, deutscher Pass gegen keinen Pass – Leitkultur gegen Demokratie, damit wir uns gegenseitig bekämpfen, als gemeinsam für unsere Interessen zu stehen!



Alle gegen Alle. Alle? Nein! Die feinen Herren der Ausbeuterklasse hetzen uns gegeneinander auf, damit wir nicht zusammen unsere Wut und unseren Kampf gegen sie richten. Damit es nicht heißt: Unten gegen Oben – Klasse gegen Klasse.

Die ausgepresste Klasse sind wir alle, die tagtäglich für den Profit der Herren Ausbeuter schufteten! Die aussaugende Klasse, die Fabrikbesitzer, Banker und ihre Beamten und Denunzianten bringen uns seit Jahrzehnten Krieg, Krise und Barbarei! Heutzutage, da die Schraube des „Konkurrenzkampfes“ so fest angezogen ist, wird diese – ja muss sie sogar – abreißen. Und das heißt dann für uns, dass wir nicht nur in Kriege, sondern in den nächsten Weltkrieg gejagt werden.

Doch sie wissen auch ganz genau, dass wir alle, als organisierte Klasse eine unglaubliche Macht und Kraft sind, um sie zu stoppen und diesmal endgültig zu stürzen. Vorbereitend auf solche Kampfsituationen, einen Streik der Arbeiter und Völker, hat jetzt schon die Bundeswehr das Kommando inne über THW, Feuerwehr und Co, und wird somit entscheiden, wem geholfen wird und um wen es nicht schade ist. Ganz nach ihrer „Humanität“!

Und für was war das THW in Hamburg?:

Regelt nicht ein THW, dass eine unabhängige Stromzufuhr zu jeder Situation gewährleistet ist? Wer organisiert und bedient Beleuchtungsanlagen in Sicherheitszonen und Kontrollstellen, um Feinde dieser Demokratie der Herrschenden auch im Dunkeln jagen zu können? Wer organisiert die Transportlogistik für Essen, Zelte, und die Rehabilitation der verummten Jäger?¹⁰

Wer brach schon 1919 Streiks? Wer setzt die Registrierung der Geflüchteten um?



Ja genau, all das regelt ein THW. Einen großen Teil Anteil an den logistisch technischen Aufgaben übernahm das THW auch in Hamburg. So war es mit 470 Einsatzkräften pro Tag – die meisten ehrenamtlich – vertreten.¹¹

Ist es denn so schlimm, ehrenamtliche Mitarbeiter, oft Jugendliche, ziviler Hilfsorganisationen in Aufgabenbereiche der Polizei und des gesamten Gewaltenapparats einzuspannen? Ja ist es! Und wieso?

Junge Menschen gehen zum Teil aus Gründen der Humanität zu sogenannten Hilfsorganisationen. Sie wollen Gutes für das Volk tun, werden jedoch Stück für Stück von dieser abgespalten und gegen sie geprägt und ausgebildet, ganz im Zeichen der Geschichte des Technischen Hilfswerks als Streikbrecher-Organisation. Die Vorgängerorganisation, aus der das THW direkt entstanden ist, die Technische Nothilfe, wurde aus einer militärisch-technischen Abteilung eines technischen Freikorps 1919 heraus gegründet. Wozu? Um den organisierten Streik der Arbeiter, den Kampf um den Besitz der Fabriken, niederzuschlagen. Während des Faschismus folgte die TN der Wehrmacht, um z.B. im Inneren gegen den antifaschistischen Widerstand vorzugehen.¹² Weitere Infos zum THW und deren

heutigen, alltäglichen Aufgaben in Zusammenarbeit mit der Polizei sind im Kasten auf Seite 13 zu lesen. Um ein ruhiges Hinterland zu schaffen – eine Volksgemeinschaft – muss natürlich der Bruch des Widerstands geprobt werden. Sie brauchen dazu Denunzianten, eine Gewaltenteilung brauchen sie sicher nicht, und Einschüchterung – da muss den Schülern bei einem Bildungsstreik schon der tropfende Wasserwerfer und grunzende, verummte behelmte Uniformierte an und in den Demonstrationen vor die Nase gestellt werden – ja in den Schüler Demonstrationen!!

Laut dem Papier „Konzept ziviler Verteidigung“¹³ brauchen die Herrschenden ein Resilienz sicheres Volk – permanent den Gewaltenapparat vor Augen, permanent die Hubschrauber mit ihrem Knattern über Einem, permanente Provokationen, Zugriffe, Angriffe von verummten, bewaffneten Gestalten in Formation, permanente Willkür - RECHTSLOSIGKEIT, Drohung der Räumung der Camps, Ruhelosigkeit, Umsetzen von Panzern von der einen in die andere Kaserne (die übrigens extra für den G20 geordert wurden) Maschinengewehre mit grünem Zielpunkt auf dem Brustkorb¹⁴. Wer sich nicht verkriecht oder in Luft auflöst, ist Teil des Widerstands und wird als solches knüppeldick behandelt! Ob Jung oder Alt, Bürger, Demonstrant oder Journalist.

Und ja so erschreckend es ist, der Anblick wird zur Normalität!

Und wir machen da mit?! Als Hilfswerkzeug und Statisten? Die Antwort kann nur sein – NEIN! Wir müssen die Straßen für einen effektiveren Widerstand sorgsamer auswählen.

Wir brauchen den organisierten Widerstand, in den Schulen, in den Fabriken, in den Organisationen, und auf den Straßen!

Stell dir vor, der Gewaltenapparat provoziert einen Aufstand – und wir sind cleverer!

(Terry, Rovin)

¹ Polizeipräsident R. Meyer bei der Pressekonferenz zu G20 <https://www.youtube.com/watch?v=ueOg4mhlYWQ> <http://www.bild.de/news/inland/g20-gipfel/krawalle-in-hamburg-wer-hat-da-eigentlich-versagt-52481534.bild.html>

² http://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/g20-hamburg-2017_artikel,-der-g20gipfel-in-zahlen-_arid,1616833.html <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bundeswehr-beim-g20-gipfel-in-hamburg-truppe-rechnet-mit-angriffen-auf-soldaten.13be1945-d0b2-4c98-ba97-a62f9c50db78.html>

³ Polizeiführer H. Dudde bei der Pressekonferenz der Polizei zu G20 <https://www.youtube.com/watch?v=ueOg4mhlYWQ>

⁴ Siehe hierzu „Infobrief aus 9 Jahren Notstand der Republik“ des Jugendaktionsausschuss: <http://www.jugendkongress-notstand-der-republik.org/> mit zahlreichen Artikeln zur „zivil-militärischen Zusammenarbeit“

⁵ Facebook Post der DLRG Bezirk Bergedorf <https://www.facebook.com/DLRG.Bergedorf/posts/1461758137195703>

⁶ Facebook Post der DLRG Bezirk Bergedorf <https://www.facebook.com/DLRG.Bergedorf/posts/1461758137195703>

⁷ Siehe Fußnote 4

⁸ <http://www.feuerwehr-hamburg.de/2017/07/g20-gipfel-in-hamburg/>

⁹ <http://www.abendblatt.de/hamburg/g20/article211070443/Wie-sich-die-Feuerwehr-auf-Terrorangriffe-vorbereitet.html>

¹⁰ https://www.thw.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Pressemitteilungen/national/2017/07/pressemitteilung_001_g20.html

¹¹ Siehe Fußnote 8

¹² „Infobrief aus 9 Jahren Notstand der Republik“ des Jugendaktionsausschuss: <http://www.jugendkongress-notstand-der-republik.org/>

¹³ Konzeption zivile Verteidigung, 24.08.2016, Bundesministerium des

Inneren. Zu finden unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2016/konzeption-zivile-verteidigung.html>

¹⁴ <https://www.facebook.com/RiotMedics/posts/1863057080680182>

Ein Auszug aus dem Archiv der Kampagne „Klassenkampf statt Wahlkampf“ 2009

Der 7. Tag – Freitag, 18. September

Ein Virus grassiert unter den Kapitalisten: die Furcht vor dem Arbeiter oder: Wie weit ist der Notstand der Republik?

13.00 Uhr: Die Kundgebung vor Tor 11 bei Audi Ingolstadt beginnt. Die Polizei sperrt die Zufahrtsstraße zur Kundgebung. Der Aktionszug reagierte darauf mit Sprechchören: "THW und Polizei, macht sofort die Straße frei". Wie das Daimler-Kapital fürchtet auch das Audi-Kapital die Aufklärung, die Mobilisierung, die Organisation der Arbeiter.

Freilich ist nicht zu verhindern, dass Arbeiter ins Werk zur Ausbeutung gehen. Und so erhalten Tausende die Flugschrift „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“, lesen Arbeiter die Informationstafeln des Zuges und hören Reden von Arbeitern, Vertrauensleuten, Betriebsräten von Daimler Wörth, ABB, Daimler Bremen. manroland in Offenbach.

Die Wirklichkeit bestätigt den Aktionszug: Das Technische Hilfswerk (THW) wird herbeizitiert, hilft der Polizei bei den Straßensperren und demonstriert, was der Aktionszug über diese Organisation sagt: dass sie einzig und ausschließlich eine Organisation gegen die Arbeiter, dass sie eine Streikbrecherorganisation ist.



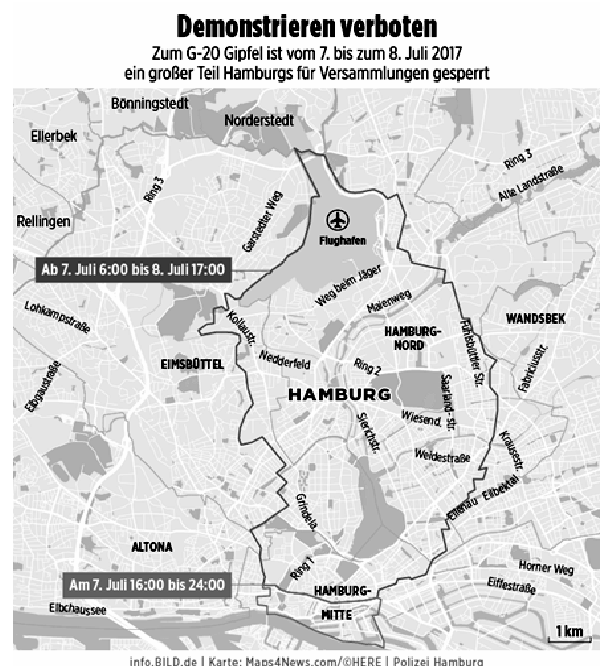
Die Angst, die die Monopole haben, ist nicht die vor dem Agitationszug. Es ist die Angst, dass er den Arbeitern erklärt, was sie sehen. Also: Es ist die Angst vor dem Arbeiter und die Demonstration der Entschlossenheit des Kapitals, gegen ihn mit allen Mitteln vorzugehen. Das THW zur Verhinderung einer Arbeiterkundgebung vor dem Großbetrieb, die Zusammenarbeit eines Vereins mit der Staatsgewalt gegen Arbeiter – das war heute für jeden zu sehen vor Audi in Ingolstadt.¹

¹ <http://www.klassenkampf-gegen-notstand-der-republik.de/Archiv.html>

G20 in Hamburg – „Festival der Staatswillkür“ und die Normalisierung des Ausnahmezustands

Wenn über die Ausschreitungen und das Polizeiaufgebot in Hamburg während des Gipfels gesprochen wird, fällt immer wieder das Wort „Ausnahmezustand“. Aber was gestern noch Ausnahme war, ist bald die Regel. In Hamburg wurde uns gezeigt, was auf uns zukommt. Ein erster Schritt dahin war die Einrichtung der sogenannten „**BLAUEN ZONE**“.

Die gab es zwar offiziell nicht, obwohl viel darüber diskutiert wurde. „Es kann aber Umstände geben, die dazu führen, dass gewisse Sachen zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht stattfinden können“, so ein Polizeisprecher. Gemeint sind Versammlungen, die nicht stattfinden und zwar vom 7. Juli 6:00 Uhr morgens bis 8. Juli 17:00 Uhr, also während des G20-Treffens. Die Zone gab es also nicht, jedoch eine Allgemeinverfügung der Polizei, durch die in einem ca. 38 Quadratkilometer großen Gebiet alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten wurden.



Aus der Pressemitteilung der Kanzlei **Anwaltsbüro Schulterblatt 36 vom 02.07.2017:**

„Unabhängig vom Anlass wird allen sich in Hamburg aufhaltenden Menschen für 35 Stunden untersagt, ihre Meinung innerhalb dieses großflächigen Stadtgebiets gemeinsam mit mehr als einer anderen Person öffentlich kundzutun [...]. Unseren MandantInnen wäre es untersagt, bspw. bei rechtswidrigen Polizeieinsätzen, mit jeweils zwei anderen JuristInnen zusammen ihre Meinung nahe des Einsatzes öffentlich zu äußern [...]. Rechtsanwältin Alexandra Wichmann äußert sich dazu: ‚Aus rechtsstaatlicher Sicht höchst bedenklich ist dabei, dass die Polizei als Exekutivorgan eigenmächtig einen Raum von 38 km² schafft, in dem gemeinsame öffentliche Kritik präventiv untersagt wird.‘“



Nicht nur, dass es verboten wird, in Hör- und Sichtweite zu denjenigen zu demonstrieren, an die sich diese Demos richten, nein es wird den Demonstranten auch fast unmöglich gemacht, vor der Demo zu schlafen. Und im Zuge dessen beschließt die Polizei (das heißt vor allem Einsatzleiter Dudde) **rechtswidrig ein CAMP zu räumen**. Bis zum Bundesverfassungsgericht musste der Anmelder des Antikapitalistischen Camps gehen, um bestätigt zu bekommen, dass ein politisches Camp eine Versammlung sein kann und nach den Regeln des Artikel 8 GG zu behandeln ist. Es folgte die rechtswidrige und polizeilich gewalttätige Verweigerung des Aufbaus des Antikapitalistischen Camps in Entenwerder trotz eines positiven Gerichtsbeschlusses, begleitet von den Worten des Gesamteinsatzleiters Dudde, er werde persönlich dafür Sorge tragen, dass auf der Halbinsel kein Protestcamp stattfinden werde. Zwar bestätigte das Oberverwaltungsgericht, dass Dudde den Versammlungsteilnehmern Unrecht getan hatte, doch die Organisatoren des Camps gaben die Umsetzung auf. Ein anderer Punkt, der zeigt was in Hamburg geübt werden sollte, ist die Schaffung eines, nennen wir es

Aufstandsbekämpfung-Übungsszenarios (eine Aufstandsbekämpfung ohne Aufstand, denn bis zum Einschreiten der Polizei war die Demonstration absolut friedlich!) seitens der Polizei bei der „Welcome to hell“-Demo am 06.07.2017. Im Vorfeld wuchsen die Zahlen der erwarteten gewaltbereiten Demonstranten in den Mitteilungen der Polizei immer weiter an. Dann kam der Auflagenbescheid. Normalerweise muss man jetzt darum kämpfen, die angemeldete Route gehen, Seitentransparente tragen oder laute Musik spielen zu dürfen. In diesem Fall gab es keine einzige Auflage. Der RAV gab sofort eine Pressemitteilung heraus, in der vorausgesagt wird, „dass die Polizeiführung bereits jetzt entschlossen ist, die Demonstration überhaupt nicht stattfinden zu lassen.“¹ Und so kam es ja dann auch.

Dass SEK-Einheiten mit der Erlaubnis zu schießen Häuser stürmten und Sanitäter bedrohten², dass die Polizei meint, sie dürfe Grundrechte gegeneinander abwägen (oder gar einschränken)³, all das sollte in einer bürgerlichen Demokratie nicht normal sein. In Hamburg entschied die Polizei darüber, ob und wo Pressefreiheit, Versammlungsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung gelten. Die Polizei führt ja nur aus, was die Gerichte sagen, darum heißt sie ja Exekutive? Bullshit. Die Polizei setzt sich über die Judikative hinweg und untergräbt damit aktiv die Gewaltenteilung.

Aber da die Polizei, die Grenzkontrollen, die Amtshilfe durch die Bundeswehr und die Unterstützung durch österreichische Polizeisondereinsatzkräfte (welche auf den bewaffneten Häuserkampf, Terrorismusbekämpfung und Zerschlagung von Widerständen spezialisiert sind) die Ausschreitungen nicht verhindern konnten, wird jetzt der Ruf nach mehr Befugnissen für die Polizei und vor allem nach härterem Vorgehen gegen Linke laut. Was in Hamburg (teilweise illegal) passiert ist, soll jetzt alltäglich werden. Es soll alltäglich werden, dass die Polizei machen kann, was sie will, dass es zukünftig nicht mehr selbstverständlich ist, sein Demonstrationsrecht wahrnehmen zu können, zum Beispiel dadurch, dass ein Bus voller Jugendlicher angehalten und alle Insassen erstmal in die GeSa gesteckt werden⁴.

Wer jetzt nach einer Notstandsverfassung ruft, der verkennt, dass der Notstand der Republik längst Alltag geworden ist. Unsere Antwort auf die Politik der Herrschenden, auf Abschiebung, Krieg, Staatsumbau, Repression muss sein: Streik in der Schule und Streik im Betrieb! Gegen den Notstand der Republik!

(Elli)

¹ <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/node/22>

² Statement der „Riot Medics Berlin“: <https://www.facebook.com/RiotMedics/posts/1863057080680182>

³ <http://www.abendblatt.de/politik/article211218901/Tweet-geloescht-Gewerkschaft-der-Polizei-sorgt-fuer-Wirbel.html>

⁴ <https://www.falkennrw.de/node/159>

Die GeSa – Wo die Polizei regiert

Zuerst ein paar Basisinfos: Das Gebäude der GeSa (Gefangenensammelstelle) war zuerst ein Lebensmittelgroßmarkt, dann eine Unterkunft für Geflüchtete und jetzt ist es eine eigens für den G20-Gipfel eingerichtete Gefangenensammelstelle. Grob gesagt gibt es vier Teile der GeSa: einen in dem die in Gewahrsam genommenen Personen identifiziert und registriert werden, wer keinen Personalausweis dabei hat, soll hier seine Fingerabdrücke abgeben, damit diese mit einer Datenbank abgeglichen werden können. Dann die Container mit 70 Sammelzellen (jeweils 9 Quadratmeter für fünf Personen) und 50 Einzelzellen mit jeweils 3,23 Quadratmetern. Außerdem eine temporäre Außenstelle des Amtsgerichts Mitte. 140 Richter wurden dort im Schichtsystem eingesetzt. Acht Richter sollten pro Schicht zur Verfügung stehen, um über freiheitsentziehende Maßnahmen zu entscheiden.

Zudem noch ein Gebäude mit einem Raum für die Erkennungsdienstliche Behandlung, hier können Fotos von den Festgesetzten gemacht und Fingerabdrücke genommen werden. Gleich nebenan sind Vernehmungszimmer für die Kripo. Im ersten Stock des Gebäudes haben Staatsanwälte ihren Bereich. Außerdem stehen den Festgenommenen insgesamt sechs Telefone zur Verfügung, über die sie beispielsweise mit einem Anwalt Kontakt aufnehmen können.¹ Wahlweise mit irgendeinem, denn den Festgenommenen wurde nicht die Nummer des Anwaltlichen Notdienst, „sondern ein Hamburger Telefonbuch mit über 10.000 Anwältinnen und Anwälten vorgelegt [...] und [sie wurden] aufgefordert [...], sich daraus einen Anwalt herauszusuchen.“² Aber natürlich war das nicht das einzige, **was in der GeSa**

schief lief:

„Hier soll niemand festgehalten werden“, das versprach Timo Zill, der Pressesprecher der saßen Menschen bis

länger als sechs Stunden fest, auch mit Verdacht auf Brüche, versorgt mit Wasser und Knäckebrot, und das auch nur auf Nachfrage.

„Eine verletzte junge Frau, die am Freitag (7. Juli) um 12 Uhr mittags mit Verdacht auf Nasenbeinbruch in die GeSa eingeliefert wurde, erhielt 15 Stunden lang keine Nahrung. Ihre Verletzung wurde nicht geröntgt. Sie wurde erst 40 Stunden nach ihrer Festnahme einem Richter vorgeführt, der sie mangels Tatverdacht um 23 Uhr desselben Tages aus dem Polizeigewahrsam entließ.“ Das berichtet der Anwaltliche Notdienst des RAV in einer Pressemitteilung. Das ist zwar ein Einzelbeispiel, jedoch kein Einzelfall. Gefangene mussten sich vor und nach

Nachdem am 11.07. laut Staatsanwaltschaft 51 Personen in U-Haft saßen und 85 Haftbefehle beantragt wurden, sind am 04.08. nur noch 33 Haftbefehle in Kraft. Der Vorwurf in den meisten Fällen: schwerer Landfriedensbruch, versuchte gefährliche Körperverletzung, Widerstand und tätlicher Angriff gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigung, Verstoß gegen das Vermummungsverbot.⁶ Meistens werden zwei oder mehr dieser Delikte vorgeworfen, in 17 von 18 Fällen paart sich oben genannter Widerstand mit tätlichem Angriff. Es laufen 152 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten in Zusammenhang mit dem Gipfel, davon 51 gegen unbekannt.⁷ Zudem laufen 49 Ermittlungsverfahren gegen Beamte (sprich PolizistInnen). In 41 der Fälle lautet der Vorwurf Körperverletzung im Amt. In den anderen geht es um Bedrohung, Nötigung, sexuelle Belästigung, Beleidigung und Verletzung des Dienstgeheimnisses.⁸

dem Kontakt mit einem Anwalt vollständig entkleiden (eine Anwältin, die diesem Vorgehen widersprach, wurde umgehend der GeSa verwiesen), Frauen wurde der Zugang zu Hygieneartikeln verweigert, eine Frau musste ihren Tampon unter der Beobachtung von Beamtinnen einführen. AnwältInnen wurde der Zugang zu ihren MandantInnen verwehrt, es



wurde behauptet, die Person wolle keinen Anwalt sprechen, bzw. die Zelle nicht verlassen.³

„In einem weiteren Fall wurde am 9. Juli gegen 3:00 Uhr morgens ein Anwalt, der seinen Mandanten bei der Vorführung vor einer HaftrichterIn in der GeSa vertreten wollte und von seinem Mandanten darum ausdrücklich gebeten worden war, zunächst durch die RichterIn und den Staatsanwalt angeschrien, er solle den Gerichtssaal verlassen und dann mit körperlicher Gewalt aus dem Saal gedrängt.“⁴

Die GeSa war zu keinem Zeitpunkt voll ausgelastet, das heißt mit 400 Gefangenen gefüllt, dennoch bekamen viele der Festgenommenen erst nach langer Wartezeit Kontakt zu einem Anwalt. Obendrein hätte es immer mindestens 12, in manchen Fällen sogar 24 Stunden gedauert, bis die Gefangenen eine/n RichterIn zu sehen bekommen hatten, sagte

die Anwältin Daniela Hödl.⁵ Eigentlich muss nach Artikel 104 GG ein Gefangener, gegen den kein Haftbefehl vorliegt, unverzüglich einem Richter vorgeführt werden. Mit einer solchen Menge an Gefangenen zu rechnen und nicht einmal mit der Hälfte zurechtzukommen zeugt davon, dass die Polizei in keiner Weise Willens war, damit zurechtzukommen: Sowohl die Rechte der Anwälte und Anwältinnen, als auch der Inhaftierten wurden in der GeSa (und auf den Straßen Hamburgs) missachtet – und das mit System. Auch hier hat sich die Polizei unabhängig gemacht von bürgerlichen Rechten und ihrer juristischen Kontrolle. **„Gegen uns wehrt man sich nicht und wenn man es versucht, zeigen wir euch, wo der Knüppel hängt!“** – Das sollte in diesen Tagen klar gemacht werden.

(Elli)

¹ <http://www.harburg-aktuell.de/news/polizei-und-feuerwehr/14045-so-funktioniert-die-gefangenensammelstelle-fuer-den-g20-gipfel.html>

² Aus der Pressemitteilung des Anwaltlichen Notdienst des RAV vom 09.07.17

³ <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/g20-gesa-rechte-systematisch-verletzt>

⁴ ebenda

⁵ <http://www.taz.de/!5430592/>

⁶ <http://www.taz.de/Eingesperrte-nach-dem-G20-Gipfel/!5432364/>

⁷ <http://www.taz.de/Gipfel-Gefangene-in-Hamburg/!5429347/>

⁸ <http://www.taz.de/Nachwirkungen-des-G20-Gipfels/!5438369/>

Spenden - Widerstand braucht Solidarität

Damit die Betroffenen mit finanziellen Folgen nicht alleine gelassen werden sind wir alle gefordert diese Kosten solidarisch zu teilen! Dafür benötigen wir dringend eure Unterstützung!

Spendet mit dem Stichwort G20 auf unser Sonderkonto!

Rote Hilfe e.V. - Stichwort „G20“ - IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE - Sparkasse Göttingen

Ausschnitt:

Polizeiwillkür durch Staatsanwaltschaft bestätigt

Am 27.07.2017, drei Wochen nach G20 saßen noch 36 Personen in U-Haft, eine von ihnen ist Maria. „Maria R. wird vorgeworfen, Gewalttäter psychologisch unterstützt zu haben, weil sie sich nicht entfernt habe. Das reicht aus, um sie mit der Begründung, es bestünde Fluchtgefahr, in U-Haft zu behalten.“¹ Hier wird Solidarität kriminalisiert, oder sogar die reine Neugier einer Schaulustigen. Wenn Gerichte beginnen, Solidaritätsbekundungen in Form von Stehenbleiben zu ahnden und behaupten, das Zugehen einer Demonstration auf Beamte sei ein Akt von Gewalt, dann dauert es nicht mehr lange, bis das Demonstrieren selbst verboten wird.

„Neben Maria R. sitzen noch weitere 19 EU-Ausländer in U-Haft. Sieben von ihnen wird ähnliches vorgeworfen – und anderen zwar Straftaten, aber solche, die im Normalfall höchstens mit Bewährungsstrafen geahndet werden. Beispielsweise Landfriedensbruch. Doch auch hier sind die Tatvorwürfe fraglich. So soll ein Flaschenwurf auf einem Video einer Person zugeordnet werden, die darauf selbst

nicht zu sehen ist.“² Aber es geht noch weiter: Die Staatsanwaltschaft beschränkt sich nicht nur darauf, ebenso willkürlich wie die Polizei zu handeln, nein sie liefert auch noch Begründungen für kommende Gewaltakte im Rahmen von Demonstrationen. Die StA Hamburg sieht nach einer Haftbefehlsbegründung den Vorwurf des tätlichen Angriffs nach §114 StGB bereits in einem gemeinsamen geschlossenen Zugehen auf eine Polizeikette:

„Schon das gesamte Zugehen im Pulk auf die Beamten stellt eine erhebliche Kraftentfaltung dar, die auf einen unmittelbaren körperlichen Zwang gerichtet war.“

Jede halbwegs entschlossene Demo tut das! Darf die Polizei ab jetzt einfach jede Demonstration auflösen, die sich bewegt? Hier sollen nicht mehr nur Demonstranten eingeschüchert werden, sondern auch jeder, der nur Zeitung liest! Die Staatsgewalt sitzt am längeren Hebel. Die Frage ist: Wie lange noch?

(Elli)

¹ <https://www.jungewelt.de/artikel/315192.juristisch-mehr-als-zweifelhaft.html?sstr=sondergericht%7Cg>

² ebenda

Aus: JungeWelt, 09.08.17, Seite 4

Erste Anklage gegen G20-Gegner

„Die Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen einen Mann erhoben, dem eine Beteiligung an Zerstörungen und Gewalt während des G-20-Gipfels in Hamburg Anfang Juli vorgeworfen wird. Der Prozess gegen den Polen solle am 29. August beginnen, sagte Oberstaatsanwalt Carsten Rinio am Dienstag in Hamburg. Es ist das erste Verfahren gegen

einen Gipfelgegner. Nach Angaben von Rinio wurde der 24jährige am 8. Juli von Polizisten in der Hamburger Neustadt aufgegriffen. Die Beamten hätten unter anderem Feuerwerkskörper, ein Sprühgerät für Reizgas und ‚mögliche Munition‘ für eine Zwille sichergestellt.“

Die Freiheit der Presse – wenn „der Reporter zum Aktivisten mutiert“

Die Freiheit der Presse ist ein zweischneidiges Schwert. Alles andere ist Quark, denn Freiheit schließt selbstverständlich die Unfreiheit ein. Zumindest so lange, wie es Klassen und Kämpfe zwischen ihnen gibt. Hamburg, Anfang Juli 2017 zeigt, es gibt sie.

„Bild“ ruft zur Menschenjagd. Sie titeln „Gesucht! Wer kennt diese G20-Verbrecher?“ und ernten tausendfache Denunziationseingänge bei der Polizei. Der Deutsche ist sich schließlich gern selbst am nächsten.

Die Empörung – ist es also schon wieder soweit? – sollte sich darüber im Klaren sein, dass sich ein „Gesucht!“-Aufruf einreihet in eine „Gefährder“-Logik des deutschen Staatsapparates, ein jeder könnte ein Ansinnen haben, auch nur darüber nachzudenken, etwas gegen die bestehenden Verhältnisse tun zu wollen. Also: Dein Nachbar würde darauf kommen können, würde ihm die Möglichkeit dazu gegeben, es wollen zu würden. Verhindere das, treuer Bürger, und wir sorgen dafür, jeden Konjunktiv zur Wirklichkeit werden zu lassen: Hinter Gittern. Dort, wo aus „Gesucht!“ „Gefunden!“ und die Unwahrheit zur Pflicht wird. Während des G20 „twittert“ der Chefredakteur der „Bild“ für NRW, Frank Schneider noch, dass „Bayerische Einsatzkräfte am Rande der Schanzen-Räumung komplett durch(drehen)“ (...) und „Unbeteiligte und Reporter gezielt an(greifen)!“¹ Nach Hamburg dann die traute Einigkeit in Presse und Land über das schlimme Schicksal der Hunderten verletzten Polizisten (von 476 ist einstweilen die Rede²).

Nun, „meine Freiheit muss noch lang nicht deine Freiheit sein“ müsste ein sich momentan wohl im Grabe umdrehender Georg Kreisler feststellen. Aber zurück zur Pressefreiheit: „Zweifelhafte Begründungen“ erkennt die TAZ im Verlust der Zulassung zum G20-Gipfel von 32 Journalisten³. Seit etwa zehn Jahren, seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm, werden Journalisten von deutschen Polizisten „beaufsichtigt“. Laut Süddeutscher Zeitung, die sich auf Sicher-

heitskreise beruft, geht es um solche, gegen die es Sicherheitsbedenken gebe.⁴ „Wer kennt diese Verbrecher, die so etwas zulassen?“ Die Pressefreiheit ermöglicht diese Frage, nur stellt sie keiner. Immerhin erkennt der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), dass die „dauernde Überwachung“ von Journalisten durch Beamte des Bundeskriminalamts ein krasser Verstoß gegen die Pressefreiheit sei und die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung untergrabe (ebda.). Den Beweis führt sodann „Twitter“, das ausgerechnet Links auf eine Seite sperrte, die Fälle von Polizeigewalt beim G20-Gipfel dokumentierten.⁵

Aus den „Sicherheitskreisen“, derer sich die SZ immer noch bedient, heißt es weiter: „Die BKA-Leute hätten auch ‚nur‘ eine Bodyguard-Funktion. Sie würden den Journalisten nicht in den Notizblock gucken. Sie hätten kein Interesse daran, Gespräche mitzuhören. Es gehe allein darum zu verhindern, dass der Reporter zum Aktivisten mutiert. ‚Schuhe werfen, solche Dinge‘.“⁶ Die Pressefreiheit spricht hier in aller Deutlichkeit, wie es um sie geschehen ist. Was der Blockwart nicht mehr stemmen kann, soll der „BKA-Bodyguard“ dem Journalisten besorgen. „Und es bleibt dabei, dass deine Freiheit immer wieder meine Freiheit ist! Deine Freiheit bleibt meiner einverleibt. Und wenn ich meine Freiheit nicht hab’ – Hast du deine Freiheit nicht. Und meine Freiheit wird dadurch zu deiner Pflicht! Und darum sag’ ich dir: Verteidig meine Freiheit mit der Waffe in der Hand. Und mit der Waffe in den Händen deiner Kinder! Damit von deinen Kindern keines bei der Arbeit je vergisst, was Freiheit ist!“ (Kreisler).

Ein Schreiber der Huffingtonpost, der auch für den größten britischen Privatsender ITN News berichtet, erlebte die Waffe der Freiheit in der Hand der Gewaltvollstrecker wie folgt: „Eine Polizistin kam zu mir und meinem Kameramann. Wir schauten beide in ihre Richtung, sie schrie ‚Fuck the press, fuck, fuck!‘ – und drückte mit ihrem Pfefferspray ab. Dazu muss man wissen, dass diese Pfeffersprays deutlich stärker sind als das, was man im Handel kaufen

kann. Es ist höllisch.“⁷ Und bedarf spätestens jetzt eines „Gewaltvorwurfs an die Demonstranten“ (Sprech‘ der Süddeutschen Zeitung), dessen Wahrheitsgehalt „Zweifel an der bisherigen öffentlichen Darstellung der Behörden weckt“⁸. Am Freitagmorgen („Gipfelfreitag“) kommt es zur „größten Festnahmeaktion“ in Altona. 59 der insgesamt 160 Ermittlungsverfahren beziehen sich allein hierauf, 13 Demonstranten von dort kamen in Untersuchungshaft. Mindestens vier von ihnen sitzen noch heute, drei Männer und eine Frau aus Italien.⁹ „Als sich die Menschenmasse circa 50 Meter vor uns befand, wurden wir aus ihr massiv und gezielt mit Flaschen, Böllern und Bengalos beworfen“, schrieb (...) der stellvertretende Einsatzführer der Brandenburger Bundespolizei-Einheit unmittelbar nach diesem Einsatz, in einer ‚zeugenschaftlichen Darstellung des Sachverhalts‘, die der SZ vorliegt. ‚Steine trafen die Beamten und die Fahrzeuge.‘ Nur auf Grund der ‚Schutzausstattung‘ sei kein Polizist verletzt worden. ‚Um die gegenwärtigen Angriffe abzuwehren, lief die Hundertschaft in Richtung der Menschenmenge an, wobei der massive Bewurf mit Steinen weiter anhielt‘, heißt es in dem polizeilichen Bericht weiter. Diese Darstellung ist Grundlage der erwähnten Strafverfahren und Haftbefehle. Sie ist in den verschiedensten offiziellen Papieren weitergetragen worden, stets mit dem Brandenburger Bundespolizei-Mann als einzigem Zeugen. Sie findet sich in allen späteren

Vergessen wir nicht, was Freiheit ist? ‚Was den Vorwurf eines ‚bewaffneten Hinterhalts‘ auf den Dächern des Schanzenviertels betrifft, haben die Behörden sich inzwischen vorsichtig korrigieren müssen. Im Schanzenviertel waren Beamte mit Maschinenpistolen angerückt, um den vermeintlichen Hinterhalt auszuheben. Aber Beweise fanden sie nirgends“.¹¹

Nach der Akkreditierung zum draußen bleiben „drängt sich eher der Eindruck auf, dass unliebsame Berichterstattung unterbunden werden soll. Das ist ein Vorgang, der gegen demokratische Prinzipien verstößt, wir haben daher für unsere Mitglieder Widerspruch bei den Behörden eingelegt“, so die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union, Cornelia Haß. Richtig!¹² Aber in Zeiten, in denen sich vor schuhwerfenden Journalisten gefürchtet wird, wundert es nicht, wenn aus dem Bundesinnenministerium nur noch zu hören ist, dass Betroffene beim Datenschutzbeauftragten des Bundeskriminalamtes (BKA) die Gründe für ihre Ablehnung erfragen könnten.¹³ Oder noch dreister formuliert: „Sparen sie sich ihre Klage, es gibt für unser Handeln sowieso keine gesetzliche Grundlage mehr“. Und wo Gesetze enden, kann der Gefährder gefunden werden¹⁴. „Meinen Kollegen, die vom G20-Gipfel berichten, kann ich nur eines raten: Passt auf euch auf. Haltet eure Köpfe tief und haltet den nötigen Abstand zur Polizei. Wer das nicht beachtet,



bringt sich selbst in Gefahr. Die Presse ist hier nicht mehr sicher“ – so der Schlusssatz des Journalisten aus Großbritannien in oben zitiertem Artikel. 476 verletzte Polizisten bleiben den Bürgerlichen der Presse und ein bis dato desolater Zustand einer „Bewegung“, die es mit sich machen lässt. Statt ihre Pressehäuser zu besetzen, bleibt der „Fake“. Die Hälfte dieser knapp 500 war bereits vor „den Protesten“ als verletzt gemeldet. Ihre Lügen sind banal: Das baye-

rische Innenministerium bestätigte auf mehrfache Nachfrage, dass diese Zahlen von der Polizei aus Hamburg stammten. „Wie die da drauf gekommen sind, wissen wir auch nicht“, so eine Sprecherin¹⁵. Kreislaufprobleme, Dehydrierung, das eigene „Reizgas“ und prompt muss „die Verletzten-Zahl dringend relativiert und eingeordnet werden“¹⁶. „Aber vorläufig

Justiz-Entscheidungen fast wortgleich wieder.“¹⁰ Es ist ausgerechnet ein polizeiinternes Video samt Analyse einer LKA-Beamtin, das die Wahrheit ein wenig ans Licht führt. „Aber wenn man das Polizeivideo gesehen hat, das insgesamt zwölf Minuten und 23 Sekunden dauert, ist klar: Sie (die Justizentscheidung) stimmt nicht.“

ist nichts aus deiner Freiheitsambition. Du hast noch keine Macht und keine Organisation! Ich wär' ja dumm, wenn ich auf meine Freiheit dir zulieb'

verzicht. Darum behalt ich meine Freiheit. Du kriegst deine Freiheit nicht – Noch nicht!“ (Kreisler).

(Jan)

¹ http://www.huffingtonpost.de/flo-smith/die-presse-ist-hier-nicht-sicher_b_17434624.html

² „476 verletzte Polizisten meldete die Polizei während der G20-Krawalle – und in den vergangenen Tagen berichtete weltweit fast jedes Medium darüber.“ (https://www.buzzfeed.com/marcusengert/bei-g20-protesten-weniger-polizisten-verletzt-als-gemeldet?utm_term=.xnveKZ8y3#.etXBvPbqj)

³ „Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios ist die Liste bedeutend länger, als die Bundesregierung angegeben hatte. Sie enthalte die Namen von bis zu 80 Personen. Das gehe aus Kopien der Liste hervor, die das Studio am Zugang zum Pressezentrum in Hamburg abfilmen konnte. Laut Regierungssprecher Seibert handele es sich bei den weiteren Personen um Servicemitarbeiter, wie etwa Mitarbeiter von Cateringfirmen, die die Sicherheitsprüfung nicht bestanden hätten. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, auf der Liste seien außer Journalisten weitere nicht Zutrittsberechtigte Personen aufgeführt.“ (<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/g20-gipfel-journalisten-akkreditierung-auslaendischer-geheimdienst-datenschutz>).

⁴ <http://www.taz.de/!5431020/>

⁵ <https://www.morgenpost.de/politik/article211250467/Twitter-blockiert-offenbar-Website-zu-G20-Polizeigewalt.html>

⁶ <http://www.sueddeutsche.de/medien/pressefreiheit-journalisten-werden-offenbar-seit-zehn-jahren-beobachtet-1.3584288>

⁷ http://www.huffingtonpost.de/flo-smith/die-presse-ist-hier-nicht-sicher_b_17434624.html

⁸ <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-drei-bengalos-reichten-fuer-die-polizei-attacke-1.3616947>

⁹ Ebda

¹⁰ Ebda

¹¹ Ebda

¹² „Dabei war schon nach ähnlichen Fällen beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 gerichtlich festgestellt worden, dass die Akkreditierung keine Gnade des Staates ist, sondern ein Anspruch von Journalisten, der nur in gut begründeten Fällen verwehrt werden darf.“ (<http://www.taz.de/!5431036/>)

¹³ <http://www.taz.de/!5426673/>

¹⁴ Zurecht prangert die TAZ daher an, dass „ein grobes Instrument benutzt wurde: das Verständnis von Pressefreiheit als etwas, das der Staat gewähren und wieder entziehen kann“ (<http://www.taz.de/!5431036/>).

¹⁵ https://www.buzzfeed.com/marcusengert/bei-g20-protesten-weniger-polizisten-verletzt-als-gemeldet?utm_term=.xnveKZ8y3#.etXBvPbqj

¹⁶ Rafeahl Behr, Professor an der Akademie der Polizei in Hamburg (ebda)

Wie die Polizei, so die Politik – Über bisherige und kommende Angriffe auf die Demokratie

*„Wenn's geht, möglichst zurückhaltend,
wenn wir es komplett brauchen, packen wir eben
alles aus.“¹*

Nicht, dass unsere Regierungen erst seit Hamburg planen, schärfere Gesetze gegen uns einzuführen... Am 18.05.2017 wurde bereits das „Gesetz zur besseren Durchführung der Ausreisepflicht“ beschlossen: „So kann es [das BAMF] nun Mobiltelefone und jegliche andere Datenträger von Asylbewerbern auslesen, um deren Identität und Staatsangehörigkeit festzustellen. Voraussetzung dafür ist, dass die entsprechende Person keine Ausweispapiere vorlegen kann und Name sowie Herkunft auch nicht anderweitig überprüft werden können. Ausreisepflichtige Ausländer können künftig zudem leichter in Abschiebehaf genommen werden, sofern von ihnen ‚Gefahr für Leib und Leben Dritter‘ oder die innere Sicherheit ausgeht. Ist letzteres nicht der Fall und ist eine sofortige Abschiebung nicht möglich, so kann das BAMF jedoch den Einsatz einer elektronischen Fußfessel anordnen.“² Das Briefe-Aufdampfen in der DDR war ein Scheißdreck dagegen!

Wir brauchen aber nicht meinen, dass Menschen mit deutschem Pass sicher wären vor der totalen Überwachung! Schließlich gibt es das „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung

des Strafverfahrens“, das den massiven Einsatz von Staatstrojanern erlaubt. Bisher durfte der Staat nur „in absoluten Ausnahmefällen, bei extrem schweren Straftaten oder bei Gefahr für Leib und Leben [...] in die Computer seiner Bürger einbrechen. Doch der Einsatz von Spähsoftware soll zukünftig selbst bei Straftaten wie Steuerhhelei, Geldfälschung und Sportwettbetrug zulässig sein. Die Bundesdatenschutzbeauftragte spricht deshalb von einem klaren Verfassungsverstoß.“³

Im gleichen Gesetz wird das **Zeugnisverweigerungsrecht ausgesetzt**: „Bislang musste man der Vorladung eines Staatsanwalts nachkommen. Nicht aber der eines Polizisten. [...] Mit dem neuen Gesetz gilt nun: Vorladungen der Polizei sind verpflichtend, wenn ihnen ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zu Grunde liegt. Erscheint man nicht, kann der Staatsanwalt ein Ordnungsgeld verhängen, ein Richter sogar Ordnungshaft.“⁴ Das Gefährliche ist, dass dieser Auftrag der Staatsanwaltschaft nicht immer für jeden Einzelfall gegeben sein muss, sondern es reicht, wenn einmal gesagt wird: Ok, die Zeugen bei Fällen im Gebiet (beispielsweise) politisch motivierte Kriminalität dürft ihr ab jetzt alle vernehmen. Das wäre ja sehr praktisch für die Polizei und spart der Staatsanwaltschaft eine Menge Arbeit.

... aber die provozierten und polizeilichen Eskalationen im Rahmen des G20-Gipfels bieten einen erstklassigen Vorwand, oder bestätigen die Weitsicht der Gesetzgebenden. So wird damit nachträglich das sogenannte „Gesetz zur besseren Überwachung von Gefährdern“ in Bayern legitimiert.

De Maiziere (CDU) fordert jetzt eine internationale **Linksextremisten-Datei**. Zwar gibt es bereits eine nationale Datenbank in der BRD, und die Sicherheitsbehörden haben sich im Vorfeld des Gipfels über zu erwartende Extremisten ausgetauscht, aber das scheint noch nicht genug zu sein.



Alexander Dobrindt (CSU) fordert in der *Bild am Sonntag* „**linke Propagandahöhlen wie die Rote Flora in Hamburg endgültig auszuheben**“. „Die Frage, ob die Rote Flora oder hier in Berlin die Rigaer Straße noch eine Existenzberechtigung haben, ist finde ich durch diese Ausschreitungen beantwortet. Beide können aus meiner Sicht nicht länger geduldet werden“, sagte Peter Tauber, CDU-Generalsekretär. Es ist im Übrigen zweifelhaft, ob das nur „Linke“ waren, die die Schanze angezündet haben oder rechte Hooligans⁵.

Zwischenzeitlich kündigte der neue nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) vergangenen Donnerstag im Düsseldorfer Landtag an, die erst wenige Monate bestehende **Kennzeich-**

nungspflicht für Polizisten wieder abschaffen zu wollen⁶, denn dafür bestehen „keine sachlichen Gründe“⁷.

Und am Südkreuz in Berlin testen Bundesinnenministerium und Bundespolizei seit dem 01.08.2017 eine Technik zur automatischen **Gesichtserkennung durch Überwachungskameras**. Sechs Monate lang. Dabei werden Personen (die sich für diesen Test freiwillig gemeldet haben) mit Name und Bild in eine Datenbank eingespeist und dann auf den Überwachungsbildern in Echtzeit wiedererkannt. Das soll helfen, gesuchte Personen („Terroristen“) sofort festnehmen zu können. Die Befürchtung, dass dies nicht so bleibt, bestätigt sich bereits, denn als nächstes soll getestet werden, ob man auch plötzliche Ansammlungen von Menschen oder auffälliges Verhalten per Video erkennen und melden kann. Eine reguläre Umsetzung dieser Überwachung verstößt gegen die Verfassung, denn das Recht, sich unbeobachtet und anonym in der Öffentlichkeit zu bewegen, ist damit nicht mehr garantiert.⁸ Ein kleiner (noch hypothetischer) Ausblick auf die Zukunft: Auf der Straße angewandt könnte eine Kamera dann eine Spontandemo sofort der Polizei melden und im Idealfall wüsste man sogar, wer alles mit marschiert. „Wer nichts zu verbergen hat, der hat nichts zu befürchten“, nach diesem Motto wird regelmäßig in unsere Grundrechte eingegriffen. Wenn man sich bei solcherlei Maßnahmen fürchtet, hat man dann etwas zu verbergen? Wird in Zukunft jeder Datenschützer, jeder aufrechte Jurist oder Demokrat unter Verdacht gestellt werden?

Entweder nehmen sie die in Hamburg arrangierten Verwüstungen zum Anlass, um weiter die bürgerliche Demokratie zu schleifen oder sie nutzen es, um die Unterdrückung von Einzelnen auf die gesamte Bevölkerung und scheinbar zuerst gegen sogenannte „Linksextreme“ auszuweiten. In jedem Fall liegen die Gesetzesentwürfe schon bereit. Was kommt als nächstes? Jedes Gewerkschaftshaus geschlossen, jeder Demonstrant im Knast, der den Arm gegen einen Knüppel hebt? Warten wir nicht darauf, bis es soweit ist!

(Elli)

¹ Zitat Hartmut Dudde, Pressekonferenz der Hamburger Polizei <https://www.youtube.com/watch?v=ueOg4mhlYWQ>

² Netzpolitik.org, 19.05.17

³ Deutschlandfunk, 25.06.17

⁴ https://www.neues-deutschland.de/artikel/1058261_zur-aussage-zwingen-mehr-macht-fuer-die-polizei.html?pk_campaign=

⁵ <https://www.jungewelt.de/blogs/g20hh/315032>

⁶ JungeWelt, 18.07.17

⁷ Zeit, 14.07.17

⁸ <http://www.sueddeutsche.de/digital/ueberwachung-in-berlin-bitte-laecheln-sie-werden-ueberwacht-1.3611953>

„Gefährder-Gesetz“: Lebenslange Schutzhaft in Bayern

Schon in den 1990er Jahren führten einzelne Bundesländer den Präventivgewahrsam oder Unterbindungsgewahrsam ein. Es genügt, um in Gewahrsam genommen, also eingesperrt zu werden, dass man eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begehen *könnte*. Je nach Bundesland ist das für 4 Tage bis 2 Wochen möglich – ohne, dass man etwas verbrochen hat. Was bisher aber noch gegeben war, ist, dass der Gewahrsam erstens richterlich angeordnet werden musste, wenn er länger als 48 Stunden dauerte und zweitens musste eine konkrete Gefahr von einer Person ausgehen.¹ Zum Beispiel im Bremer Polizeiaufgabengesetz ist von einem „unmittelbar eintretenden Schaden“ die Rede. Also Richter X meint, dass Kollegin Y in zwei Wochen beim Streik in ihrem Werk die Stromleitungen kappen wird. Deswegen wird die Kollegin bis zum Ende der konkreten Gefahr (in diesem Beispiel bis zum Ende des Streiks) in den Knast gesteckt.

Der bayerische Landtag hat am 19. Juli 2017 mit dem sogenannten „Gefährder-Gesetz“ nun eine weitere Verschärfung beschlossen. Sogenannte „Gefährder“ können ab August lebenslang eingesperrt werden. Es braucht lediglich alle 3 Monate eine Bestätigung durch einen Richter. Es reicht, dass die Polizei (!) meint, von einer Person gehe eine „drohende Gefahr“ aus. Es braucht also nicht mehr den konkreten Plan der Kollegin Y, es reicht, wenn die Polizei glaubt, dass eine abstrakte Gefahr drohen könnte. Woran sie das festmacht? Weil die Kollegin Y in der Gewerkschaft aktiv ist? Weil sie schon mal auf politischen Veranstaltungen gesehen wurde? Egal.²



Dass das „Gefährder-Gesetz“ wie alle reaktionären Maßnahmen nicht „nur“ gegen Islamisten und Terroristen gerichtet ist, daraus macht der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) keinen Hehl: G20 in Hamburg habe gezeigt, dass die Bedrohung der Bürgerrechte in Deutschland nicht von den Behörden durch Gesetze oder Überwachung ausgehe, sondern von „Extremisten und Chaoten“.³ Eine eindeutige Definition des Begriffs „Gefährder“ gibt es nicht. Wer „Gefährder“ ist, legen die Länder-

polizeien in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz fest. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung vom Dezember 2016 heißt es: "Ein Gefährder ist eine Person, bei der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a der Strafprozessordnung (StPO), begehen wird". Im §110a der StPO werden neben Mord und Raub auch Straftaten wie Hochverrat, Straftaten gegen die Landesverteidigung oder gegen die öffentliche Ordnung, Betrug, Urkundenfälschung, das Einschleusen von Ausländern, die Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragsstellung und vieles weiteres genannt.

Heribert Prantl beschreibt die Folgen der neuen Form der Haft in der *Süddeutschen Zeitung* vom 20. Juli sehr treffend: „Die CSU sollte sich schämen; die Opposition, deren Aufstand nicht einmal ein Sturm im Wasserglas war, auch. Dieses Gesetz ist eine Schande für einen Rechtsstaat.“⁴

(Patrick)

Kommentar von Heribert Prantl

in der Süddeutschen Zeitung vom 20. Juli 2017

In Bayern gibt es künftig eine Haft, die es nirgendwo sonst in Deutschland gibt. Sie heißt hier offiziell, wie in anderen Bundesländern auch, Gewahrsam; auch Vorbeugehaft wird sie genannt. In Wahrheit ist sie Unendlichkeitshaft, sie ist eine Haft ad infinitum: In Bayern kann man künftig, ohne dass eine Straftat vorliegt, schon wegen „drohender Gefahr“, unbefristet in Haft genommen werden. Da nimmt sich vergleichsweise das schludrige Prozedere, mit dem einst Gustl Mollath in der Psychiatrie festgehalten wurde, schon fast vorbildlich aus. Bisher konnte die Vorbeugehaft in Bayern bis zu 14 Tage dauern, länger als anderswo. Künftig aber, nach der Reform des Polizeiaufgabengesetzes, können diese 14 Tage ewig dauern; es gibt keine Höchstfrist mehr; und die richterliche Kontrolle ist sehr unzureichend. Das alles ist eigentlich unvorstellbar; bei diesem Gesetz „zur Überwachung gefährlicher Personen“ denkt man an Guantanamo, Erdogan oder die Entrechtsstaatlichung in Polen. Die Haft ad infinitum wurde aber im Münchner Landtag beschlossen. Die CSU sollte sich schämen; die Opposition, deren Aufstand nicht einmal ein Sturm im Wasserglas war, auch. Dieses Gesetz ist eine Schande für einen Rechtsstaat. Es führt im Übrigen auch die Fußfessel für Personen ein, von denen eine Gefahr ausgeht. Man sollte die Fessel, am besten auch für die Hände, den Abgeordneten anlegen, die für so ein Gesetz stimmen.

¹ Was tun wenn´s brennt? Rote Hilfe e.V., 2017

² www.lawblog.de/index.php/archives/2017/07/20/bayern-endloshaft-fuer-nicht-straftaeter

³ rsw.beck.de/aktuell/meldung/bayern-verschaerft-gesetz-gegen-terroristische-gefaehrder

⁴ www.sueddeutsche.de/bayern/gefaehrder-gesetz-bayern-fuehrt-die-unendlichkeitshaft-ein-1.3594307

Der neue §114 StGB „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“: Wer Bullen schubst, wird eingesperrt

Im September 2016 blockierten die Arbeiter bei Zumtobel in Hessen bei einem Streik das Werkstor. Die Polizei rückte mit Schild und Knüppel an. Die Gewerkschaftsführung hat die Auseinandersetzung mit der Polizei aber gescheut und sich zu Verhandlungen mit der Staatsgewalt zusammengesetzt. Hätten sich die Kollegen von Zumtobel von den Gewerkschaftsoberen nicht einlullen lassen und ihre Blockade aufrechterhalten, säßen sie heute mit dem neuen §114 Strafgesetzbuch vermutlich alle für ein halbes Jahr im Knast.¹

Nach einer Woche Arbeitskampf stand gestern die Situation beim Userger Werk des Leuchtenherstellers Zumtobel kurz vor der Eskalation. Die Gewerkschaft zog aber vor Auseinandersetzungen mit der Polizei die Reißleine.

22.09.2016 (Frankfurter Neue Presse)



Bisher gab es schon eine Reihe von Paragraphen, die gegen uns angewendet werden können, wenn man bei Demonstrationen, Streiks oder Sitzblockaden mit der Polizei aneinandergerät: „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“, „Körperverletzung“ usw. Der neue §114 des Strafgesetzbuchs, der im April vom Bundestag beschlossen wurde, hat nun eine neue Qualität: Wer einen Polizisten auch nur schubst, wird mit mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft. Geldstrafen sind nicht mehr möglich. Es ist weder nötig, dass der Polizist Schmerzen hat, noch, dass er verletzt wird. Und gegen organisierten Widerstand, wie es zum Beispiel bei den Zumtobel-Kollegen der Fall gewesen wäre, kann richtig hart vorgegangen werden: Mindestens sechs Monate Haft drohen, wenn mehrere Personen gemeinsam einen „tätlichen Angriff“ begehen. Das Gleiche gilt, wenn jemand ein „gefährliches Werkzeug“ dabei hat. Nur dabei hat, er muss es nicht einsetzen. Davon ist der Handwerker betroffen, der seinen Schraubenzieher in der Tasche hat, die Demonstrantin, die eine Fahne trägt usw.² Abgesehen davon, dass mit dem §114 ein weiterer Willkür-Paragraph eingeführt wird, wird gleichzeitig eine Sonderbehandlung für Polizisten eingeführt. Dass ein solcher Paragraph auch dazu führen kann, dass sich jeder Polizist unangreifbar fühlt, haben auch die Bilder der Polizeigewalt in Hamburg bewiesen. Wer verhaftet wird, dem kann durch diesen Paragraphen im Nachhinein schon

irgendeine Form eines „tätlichen Angriff“ angedichtet werden. In einer Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Hamburg zu einem Haftbefehl wird zum Beispiel schon das gemeinsame geschlossene Zugehen einer Personengruppe auf eine Polizeikette als „tätlicher Angriff“ gewertet. (Vergleiche: „Ausschnitt: Polizeiwillkür durch Staatsanwaltschaft bestätigt“) Jubel über §114 kommt von Seiten der Gewerkschaft. Der Bundesvorsitzende der „Gewerkschaft der Polizei“, Oliver Malchow, sagt dazu kurz vor dem Beschluss des Bundestages: „Mit dem neuen Straftatbestand, den die GdP bereits seit sieben Jahren fordert, und der darin enthaltenen deutlichen Strafandrohung setzt der Staat ein unmissverständliches Signal, dass diese Gewalt nicht hingenommen wird. Alle demokratischen Parteien sollten nun zügig ein Zeichen für die Polizei setzen und dem Gesetzentwurf zustimmen.“³ Absurd: Eine DGB-Gewerkschaft fordert, dass zum Beispiel die IG-Metall-Mitglieder bei Zumtobel künftig in den Knast gehen sollen.

**Weg mit dem Willkürparagrafen 114!
Und raus aus unserer Gewerkschaft mit den
Arbeiterverrätern, der GdP, die ihn gefordert
haben!**

(Patrick)

Wegen Paragraph 144: Nürnberger Mitkämpfer in U-Haft

Am 14. Juni fand vor dem Justizgebäude in Nürnberg eine Protestkundgebung von 150 Kollegen und Mitkämpfern statt. Warum? Am 31. Mai haben Berufsschüler der B11 in Nürnberg die Abschiebung eines afghanischen Schreinerlehrlings blockiert. Dabei wurde ein Aktivist verhaftet. Seitdem sitzt er in U-Haft – in einer Zelle mit einem Mörder. Vorgeworfen wird ihm unter anderem „tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten“. Willkür in Gesetzesform, die auch ihre Barbarei der Abschiebung schützen soll!



Protestkundgebung für die Freilassung unserer Mitkämpfer in Nürnberg

¹ www.fnp.de/rhein-main/Polizei-bdquo-befreit-ldquo-Zumtobel;art801,2229778

² m.taz.de/Gesetzentwurf-zum-Schutz-von-Polizisten/!5401997;m

³ <http://www.gdpbundespolizei.de/2017/02/gdp-zu-neuem-straftatbestand-bei-angriffen-auf-vollstreckungsbeamte/>

Wir dokumentieren:

Süddeutsche Zeitung, 4. August 2017, 19:00, G-20-Gipfel

Drei Bengalos reichten für die Polizei-Attacke

- Nach den Ausschreitungen während des G-20-Gipfels Anfang Juli in Hamburg ist deren Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen.
- Politik, Demonstranten und Polizei schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Krawalle zu.
- Ein Polizeivideo von einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei am Rondenberg legt nahe, dass die Sicherheitsbehörden den Vorfall im Nachhinein anders darstellten als er tatsächlich war.

Von Ronen Steinke

Es ist die größte Festnahme-Aktion während der gesamten G-20-Tage Anfang Juli in Hamburg: 73 Demonstranten werden im Morgengrauen des Gipfel-Freitags "zu Boden gebracht", so notiert es die Polizei. Viele werden mit dem Gesicht auf den Asphalt gedrückt in einer Straße im Stadtteil Altona. Gleichzeitig ist dies auch der größte einzelne Gewalt-Vorwurf an die Demonstranten: Sie hätten die Polizei bei Tagesanbruch dort geradezu überfallen. Die Beamten hätten sich gegen einen "massiven Bewurf" mit Flaschen und Steinen zur Wehr setzen müssen, aus einem geschlossenen schwarzen Block von 200 Personen.

Wegen der gesamten G-20-Krawalle laufen etwa 160 Ermittlungsverfahren, 32 Verdächtige sitzen in Untersuchungshaft. Aber diese eine Auseinandersetzung an der Straße Rondenberg in Altona sticht heraus. Mindestens 59 Ermittlungsverfahren beziehen sich allein hierauf, 13 Demonstranten von dort kamen in Untersuchungshaft. Mindestens vier von ihnen sitzen noch heute, drei Männer und eine Frau aus Italien. Ein Polizeivideo des Einsatzes allerdings, das bislang unter Verschluss blieb und nun von der Süddeutschen Zeitung und dem NDR-Magazin Panorama eingesehen werden konnte, weckt Zweifel an der bisherigen öffentlichen Darstellung der Behörden.

Um 6.28 Uhr wird die erste Fackel geworfen. Sie landet auf der leeren Straße

Man sieht durch die Augen der Polizei, die Kamera ist auf dem Dach eines Mannschaftsbusses montiert. Es ist 6.27 Uhr, die Sicht ist gut, die Straße frei. Ein Demonstrationszug kommt die Straße entlang. Links ein Fabrikgebäude der Firma Transthermos, rechts ein dichtes Brombeergebüsch. Zumindest von vorne sieht die Menschengruppe, die da herannaht, vollkommen schwarz aus, nur eine einsame rote Fahne ragt aus dem Pulk heraus. Die vordersten Demonstranten tragen ein weißes Transparent

vor sich her, "Gegenmacht aufbauen", steht darauf. Sie bewegen sich "gehenderweise", wie eine Analystin des Landeskriminalamts (LKA) es später auf der Grundlage dieses und dreier weiterer Polizeivideos beschreibt, also langsam. Ebenso langsam bewegen sich die Beamten auf sie zu, behelmt und gerüstet. Als beide Seiten fast zum Stehen kommen, sind sie noch fünfzig Meter auseinander. Die beiden Blöcke sehen sich an.

Was dann passiert, analysieren sie im LKA intern sehr nüchtern

6.28:05 Uhr: Eine bengalische Fackel fliegt aus dem Pulk heraus in Richtung der Polizei, notiert die LKA-Ermittlerin. Der Bengalo landet auf leerer Straße, etwas rosafarbener Rauch steigt auf. 6.28:10 Uhr: Ein zweiter Bengalo fliegt, wiederum auf die weithin leere Straße. 6.28:18 Uhr: Ein dritter Bengalo landet auf der Straße, wieder zu weit entfernt von den Beamten, um als eine versuchte Körperverletzung gelten zu können. Irgendwo knallt ein Böller. Ein Polizeiführer hat jetzt genug, wie man im Video hören kann: "Bleib stehen", befiehlt er dem Fahrer eines Polizeibusses, der noch im Schrittempo voranrollt, "steigt aus, mir reicht das aus". Auf das Kommando hin stürmen die Polizisten los, die Demonstranten drehen sich um und rennen fort. 6.28:36 Uhr: Wasserwerfer beschießen von hinten die Demonstranten, die also eingekesselt worden sind.

Was man in dem Video nicht sieht: ein einziger Steinwurf. Oder eine einzige Flasche. Unmittelbar angegriffen wurde - zumindest vor dem Sturm der Polizei - kein Beamter. Man würde es sehen.

Brandenburger Polizeibeamter ist in den Akten der einzige Zeuge

"Als sich die Menschenmasse circa 50 Meter vor uns befand, wurden wir aus ihr massiv und gezielt mit Flaschen, Böllern und Bengalos beworfen", schrieb hingegen der stellvertretende Einsatzführer der Brandenburger Bundespolizei-Einheit unmittelbar nach diesem Einsatz, in einer "zeugenschaftlichen Darstellung des Sachverhalts", die der SZ vorliegt. "Steine trafen die Beamten und die Fahrzeuge." Nur auf Grund der "Schutzausstattung" sei kein Polizist verletzt worden. "Um die gegenwärtigen Angriffe abzuwehren, lief die Hundertschaft in Richtung der Menschenmenge an, wobei der massive Bewurf mit Steinen weiter anhielt," heißt es in dem polizeilichen Bericht weiter.

Diese Darstellung ist Grundlage der erwähnten Strafverfahren und Haftbefehle. Sie ist in den verschiedensten offiziellen Papieren weitergetragen worden, stets mit dem Brandenburger Bundespolizei-Mann als einzigem Zeugen. Sie findet sich in allen späteren Justiz-Entscheidungen fast wortgleich wieder. Aber wenn man das Polizeivideo gesehen hat, das insgesamt zwölf Minuten und 23 Sekunden dauert, ist klar: Sie stimmt nicht.

Das heißt nicht, dass es nicht noch zu solcher Demonstranten-Gewalt hätte kommen können. Die Beamten haben hinterher diverse Gegenstände von der Straße aufgesammelt: drei Stahlseile, zwei Hammer, eine Zwille, drei Signalaraketen. Es heißt auch nicht, dass dieser Polizeieinsatz nicht zur Gefahrenabwehr rechtens gewesen sein kann. Aber seit Wochen steht der Vorwurf von Straftaten im Raum, von schwerem Landfriedensbruch und gefährlichen Körperverletzungen durch Steinwürfe. Von einem "Angriff" von Gewalttätern, der "abgewehrt" werden muss, ist auf den Aufnahmen der Polizei nichts zu sehen.

Das LKA hat die Einsatz-Videos noch am Abend desselben Tages ausgewertet, dem 7. Juli, wie ein interner Bericht aus der Dienststelle 42 zeigt, schon um 21.37 Uhr

Demonstranten "zunächst einmal aufzustoppen und die weitere Absicht zu klären und die Gruppe zu überprüfen". Sie hätten dann aber stürmen und Menschen festnehmen müssen.

Ob Beamte verletzt wurden bei diesem Einsatz, konnte ein Sprecher der Polizei auf Nachfrage nicht beantworten, die Auswertung durch die Ermittler der Soko "Schwarzer Block" dauere an. Auch zum Video wollte er sich nicht äußern. "Der Angriff der Polizei kam aus dem Nichts", sagt dagegen ein Demonstrant, Nils Jansen, 22, der als Mitglied im Vorstand der Verdi-Jugend aus Köln angereist war.

Die Menschen flohen vor der Polizei und brachen sich dabei reihenweise die Knochen

Er spricht auch von Knüppelschlägen der stürmenden Polizei. Die politische Aufarbeitung des G-20-Gipfels hat für Hamburgs Behörden gerade erst begonnen. "G 20 geht erst los", sagt ein Sicherheitsexperte. Was den Vorwurf eines "bewaffneten Hinterhalts" auf den Dächern des Schanzenviertels betrifft, haben die Behörden sich inzwischen vorsichtig korrigieren müssen. Im Schanzenviertel waren Beamten mit Maschinenpistolen angerückt,

um den vermeintlichen Hinterhalt auszuheben. Aber Beweise fanden sie nirgends, und das Video eines Molotow-Cocktails, der vom Dach herunter geworfen wird, ist im Nachhinein auch nicht mehr so eindeutig. Vielleicht war es nur ein Böller.

Am Rondenbarg wird die Aufarbeitung möglicherweise noch unangenehmer für die Polizei. Auch weil dort 14 Demonstranten verletzt wurden, manche von ihnen schwer. Sie stürzten über ein Gelände, als sie vor der stürmenden Polizei davonliefen.

Hinter der Absperrung ging es zwei Meter tief hinab. Mit dem Funkspruch "Massenanfall von Verletzten" wurde die Feuerwehr gerufen, elf Demonstranten kamen mit Knochenbrüchen ins Krankenhaus.

In Hamburgs Parlament soll am 31. August erstmals der Sonderausschuss "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G-20-Gipfel" tagen. Politiker der Oppositionsparteien CDU und Linke sind damit aber nicht zufrieden: Sie wollen einen Ausschuss, der nicht nur Fragen stellen, sondern auch in Akten sehen darf.



hat sich die LKA-Analystin an ihre Arbeit gemacht. Schon am nächsten Tag, am Gipfel-Samstag, hat sie ihren Vorgesetzten berichtet, wie wenig Demonstranten-Gewalt auf den Aufnahmen in Wahrheit zu sehen sei - dass also an der Aussage des stellvertretenden Bundespolizei-Einsatzführers Zweifel angebracht seien.

Trotzdem erklärte Normen Großmann, Leiter der Bundespolizei-Inspektion Hamburg, noch am 19. Juli im Hamburger Innenausschuss, am Rondenbarg "setzte sofort ein massiver Bewurf ein, als eine Distanz von circa fünfzig Metern erreicht war, erneut mit Steinen, mit Flaschen, mit Pyrotechnik". Die Beamten hätten den Auftrag gehabt, die

(Quelle: SZ vom 05.08.2017/lkr; URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-drei-bengalos-reichten-fuer-die-polizei-attacke-1.3616947>)

Wir dokumentieren:

G20 heißt auch: Gipfel der Überwachung

Beitrag von Anna Biselli auf <https://netzpolitik.org> (28.07.2017)

Beim G20-Gipfel nutzten Polizei und Verfassungsschutz ein großes Arsenal an Überwachungsmaßnahmen. Sie hörten Gespräche mit, setzten IMSI-Catcher ein und führten Funkzellenabfragen durch. Daneben las die Polizei Handys aus und fragte Daten bei Hostels ab. Über die Details schweigt sie, eine Kontrolle ist so kaum möglich.

Der G20-Gipfel war auch ein Gipfel der Überwachung. Hamburger Polizei und Bundespolizei tauschten Daten mit Verbindungsbeamten ausländischer Behörden aus, um an Informationen für Grenzkontrollen oder Personenüberprüfungen zu gelangen. Der Hamburger Verfassungsschutz stellte schon im Vorfeld Daten über Sprecher linker Gruppen ins Netz. Informationen des Bundesverfassungsschutzes führten dazu, dass Journalisten ihre Akkreditierungen entzogen wurde. In mindestens einem Fall aufgrund einer falschen Datenlage.

Doch auch technisch fuhren Polizei und der Hamburger Verfassungsschutz einiges auf. IMSI-Catcher, Funkzellenabfragen, Stille SMS, Telekommunikationsüberwachung, Videoüberwachung. In welchem Umfang, das will der Hamburger Senat auf

den an Technik nach Hamburg gebracht haben, kann man ihr nicht entnehmen.

„Funkzellenabfragen nicht in Zusammenhang mit Demos“

Laut Hamburger Senat wurden in 38 Verfahren Anträge zu Funkzellenabfragen gestellt. Wie viele Funkzellenabfragen es schließlich gab, verrät der Senat jedoch nicht. Bei der Funkzellenabfrage fordert die Polizei eine Liste aller Handys an, die sich zu einem Zeitraum in einer Funkzelle befanden, und kann so bei wiederholter Abfrage auch Bewegungsprofile erstellen. Die Überwachungsmethode ist umstritten, denn sie wird mittlerweile als Alltagsinstrument eingesetzt.

Laut Gesetz dürfen Funkzellen jedoch erst dann abgefragt werden, wenn die Aufklärung „auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre“. Ob diese Abfragen überhaupt wirksam sind, ist nicht nachweisbar, denn Einsatzstatistiken sind nur in wenigen Bundesländern vorhanden und selbst die verraten nicht, ob die Abfragen zu Ermittlungserfolgen und Verurteilungen geführt haben.



Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider in den meisten Fällen nicht beantwortet. Das sagt er bereits vor der ersten Frage und fügt immer wieder einen Verweis auf diese Generalentschuldigung ein. Zur Häufigkeit verdeckter Maßnahmen müssten Akten händisch ausgewertet werden, das sei in der Antwortfrist einer parlamentarischen Anfrage nicht zu machen. Anderes lasse Rückschlüsse auf die Taktik der Polizei zu, auch dann könne man Details nicht offenlegen. Und einige Akten seien noch nicht bei der Staatsanwaltschaft erfasst, daher sei noch keine zuverlässige Auswertung möglich. Aus der Zuständigkeit des Hamburger Senats ergibt sich außerdem, dass die Antworten nur Aussagen über die Hamburger Polizei und den Landesverfassungsschutz enthalten können. Was Bundespolizei, Bundesverfassungsschutz und andere Länderbehörden

„Nach vorliegenden Erkenntnissen“ habe es jedoch keine Funkzellenabfragen in Zusammenhang mit Demonstrationen und Versammlungen gegeben, sagt der Senat. Angesichts der Fülle an ebenjenen überrascht diese Aussage. Funkzellenabfragen auf Demonstrationen führten 2011 in Dresden zu medialer Aufmerksamkeit. Bei dem als Handygate bekannt gewordenen Fall erklärte das Landgericht Dresden einen Teil dieser Abfragen zwar als illegal, jedoch nur aufgrund damals vorliegender formaler Mängel.

Stille SMS, IMSI-Catcher und Observationen

Wie viele Stille SMS gab es? Für die Polizei werde das „noch ausgewertet“, der Hamburgische Verfassungsschutz versandte 37 heimliche Ortungs-SMS. Der Empfänger einer solchen Nachricht

bekommt diese nicht angezeigt. Mittels der erzeugten Verbindungsdaten kann die Polizei den ungefähren Aufenthaltsort des Handynutzers ermitteln.

Schneider fragte auch nach WLAN- und IMSI-Catchern, Peilsendern, GSM- oder GPS-Sendern. Mehr als eine Bestätigung ihres Einsatzes bekommt sie nicht. Die Polizei habe solche Verfahren angewendet, der Einsatz eines IMSI-Catchers sei angeordnet worden. Der Landesverfassungsschutz tue dies, „wenn eine solche Maßnahme geeignet, erforderlich und verhältnismäßig ist“. Genaue Informationen über das Ausmaß würden aber die nachrichtendienstliche Informationsbeschaffung und die „künftige Beobachtung der extremistischen Organisationen“ gefährden.

IMSI-Catcher geben vor, eine Funkzelle zu sein, und bringen so Mobiltelefone in der Umgebung dazu, sich bei ihnen einzubuchen. Damit können sowohl der Standort des Telefons als auch die Gerätenummer ermittelt werden.

Zusätzlich gab es Observationen durch die Polizei. Doch wieder heißt es vom Senat: keine Angabe zu Zahlen. Gleiches Spiel bei der Nachfrage nach den durchgeführten Telekommunikationsüberwachungen: Ja, sowohl Verfassungsschutz als auch Polizei haben sie durchgeführt, bestätigt der Senat. Mehr erfährt die Öffentlichkeit nicht. Genauso wenig wie über Details zu Videoüberwachung. Hubschrauberaufnahmen, Verkehrskameras und mobile Videokameras habe die Polizei genutzt – konkreter wird es nicht. Die Nutzung von Drohnen durch die Hamburger Polizei bestreitet der Senat.

Einsatzsoftware CommandX

Eine der ausführlichsten Antworten erhält Schneider auf ihre Frage nach der eingesetzten Software zur Unterstützung der Einsatzführung. Die Hamburger Polizei benutzt die Software CommandX von Eurocommand. Um Polizisten für den Einsatz des Systems vorzubereiten, seien fast 700 Mitarbeiter „368 Stunden beschult“ worden. Die Software habe sich bewährt, Defizite seien nicht festgestellt worden. Erstmals wurde CommandX zum OSZE-Gipfel im Dezember eingesetzt, mehrere Medien berichteten damals über den neuen „Cyber-Leitstand“ der Polizei mit seiner 16 Quadratmeter großen Videowand.

Auf den insgesamt 29 Leinwänden (Facebook-Video) lassen sich die im Einsatz befindlichen Einheiten verfolgen, weitere Monitore stellen Videoaufnahmen dar, etwa aus Hubschraubern und Verkehrsüberwachung. Der Geschäftsführer des Unternehmens fiel während des Gipfels durch seine undifferenzierten Äußerungen auf. Er bezeichnete beispielsweise G20-Gegner als „assoziiales [sic], schwerkriminelles Gesindel“ und erwiderte auf eine Meldung

von lebensgefährlich verletzten Personen, das „Pack“ habe keinen Respekt und kein Mitleid verdient.

Ausgelesene Handys und Datenabfragen bei Hostels

Neben den von Schneider abgefragten Überwachungsmaßnahmen gab es noch einige weitere berichtenswerte Vorfälle. So fragte die Polizei bei Hostel-Betreibern pauschal die Personendaten italienischer Personen ab, ohne den Betreibern dafür eine Begründung zu liefern. Eine solche Datenabfrage ohne konkreten Verdacht ist unzulässig.

Zusätzlich schaute sich die Polizei Handys von anreisenden Demonstranten an, um IMEI-Nummern auszulesen. Dabei twitterte sie, es seien keine persönlichen Daten ausgelesen worden. Auch wenn sie damit sicherlich etwas anderes meinte: Eine IMEI, vereinfacht gesagt die eindeutige Gerätenummer eines Telefons, ist ein personenbezogenes Datum. Nachzulesen etwa auf den Seiten der Bundesdatenschutzbeauftragten.

Einige Überwachungsmaßnahmen werden bleiben

Mit den Maßnahmen vor und auf dem Gipfel ist das Thema noch nicht abgeschlossen: Zur Ergänzung ihrer eigenen Videoüberwachungsbilder forderte die Polizei die Bevölkerung auf, Handyvideos und Fotos mit belastendem Material auf einer polizeilichen Plattform hochzuladen. Innenpolitiker von Union und SPD forderten eine europäische Linksextremisten-Datei. CSU-Politiker Stephan Mayer forderte, die zum G20-Gipfel eingerichteten Grenzkontrollen dauerhaft aufrechtzuerhalten, um Straftäter im Allgemeinen zu ermitteln – ohne Zusammenhang zu den Gipfelprotesten.

Kein Thema ist hingegen die bessere Identifizierbarkeit von Polizisten, um auch sie auf Foto- und Videoaufnahmen wiedererkennen zu können. Derzeit müssen Polizisten in neun Bundesländern Nummern oder Namensschilder tragen. Es passiert das Gegenteil: Nordrhein-Westfalen diskutiert seit dem G20-Gipfel darüber, die Kennzeichnungspflicht für Polizisten wieder abzuschaffen.

Die vielen offenen Fragen und die unzureichenden Antworten verdeutlichen, dass die Aufarbeitung des G20-Gipfels noch lange nicht vorbei ist. Es werden noch viele parlamentarische Anfragen und viel journalistische Arbeit notwendig sein, um die Geschehnisse aufzuarbeiten und zu einer Einschätzung zu gelangen, inwieweit sich die deutschen Sicherheitsbehörden in den Grenzen des Rechtsstaates bewegt haben – sei es bei Überwachung, bei Eingriffen in die Versammlungsfreiheit oder beim Einsatz von Gewalt.

(Quelle: <https://netzpolitik.org/2017/g20-heisst-auch-gipfel-der-ueberwachung/>)

Wir dokumentieren:

+++ STELLUNGNAHME ZU DEN EREIGNISSEN VOM WOCHENENDE +++

Wir, einige Geschäfts- und Gewerbetreibende des Hamburger Schanzenviertels, sehen uns genötigt, in Anbetracht der Berichterstattung und des öffentlichen Diskurses, unsere Sicht der Ereignisse zu den Ausschreitungen im Zuge des G20-Gipfels zu schildern.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2017 tobte eine Menge für Stunden auf der Straße, plünderte einige Läden, bei vielen anderen gingen die Scheiben zu Bruch, es wurden brennende Barrikaden errichtet und mit der Polizei gerungen.

Uns fällt es in Anbetracht der Wahllosigkeit der Zerstörung schwer, darin die Artikulation einer politischen Überzeugung zu erkennen, noch viel weniger die Idee einer neuen, besseren Welt.

Wir beobachteten das Geschehen leicht verängstigt und skeptisch vor Ort und aus unseren Fenstern in den Straßen unseres Viertels.

Aber die Komplexität der Dynamik, die sich in dieser Nacht hier Bahn gebrochen hat, sehen wir weder in den Medien noch bei der Polizei oder im öffentlichen Diskurs angemessen reflektiert.

Ja, wir haben direkt gesehen, wie Scheiben zerbarsten, Parkautomaten herausgerissen, Bankautomaten zerschlagen, Straßenschilder abgebrochen und das Pflaster aufgerissen wurde.

Wir haben aber auch gesehen, wie viele Tage in Folge völlig unverhältnismäßig bei jeder Kleinigkeit der Wasserwerfer zum Einsatz kam. Wie Menschen von uniformierten und behelmteten Beamten ohne Grund geschubst oder auch vom Fahrrad geschlagen wurden. Tagelang.

Dies darf bei der Berücksichtigung der Ereignisse nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung soll in der Nacht von Freitag und Samstag nun ein „Schwarzer Block“ in unserem Stadtteil gewütet haben.

Dies können wir aus eigener Beobachtung nicht bestätigen, die außerhalb der direkten Konfrontation mit der Polizei nun von der Presse beklagten Schäden sind nur zu einem kleinen Teil auf diese Menschen zurückzuführen.

Der weit größere Teil waren erlebnishungrige Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk, denen wir eher auf dem Schlagermove, beim Fußballspiel oder Bushido-Konzert über den Weg laufen würden als auf einer linksradikalen Demo.

Es waren betrunkene junge Männer, die wir auf dem Baugerüst sahen, die mit Flaschen warfen – hierbei von einem geplanten „Hinterhalt“ und Bedrohung für Leib und Leben der Beamten zu sprechen, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Überwiegend diese Leute waren es auch, die – nachdem die Scheiben eingeschlagen waren – in die Geschäfte einstiegen und beladen mit Diebesgut das Weite suchten.

Die besoffen in einem Akt sportlicher Selbstüberschätzung mit nacktem Oberkörper aus 50 Metern Entfernung Flaschen auf Wasserwerfer warfen, die zwischen anderen Menschen herniedergingen, während Herumstehende mit Bier in der Hand sie anfeuerten und Handyvideos machten.

Es war eher die Mischung aus Wut auf die Polizei, Enthemmung durch Alkohol, der Frust über die eigene Existenz und die Gier nach Spektakel – durch alle anwesenden Personengruppen hindurch –, die sich hier Bahn brach.

Das war kein linker Protest gegen den G20-Gipfel. Hier von linken AktivistInnen zu sprechen wäre verkürzt und falsch.

Wir haben neben all der Gewalt und Zerstörung gestern viele Situationen gesehen, in denen offenbar gut organisierte, schwarz gekleidete Vermummte teilweise gemeinsam mit Anwohnern eingeschritten sind, um andere davon abzuhalten, kleine, inhabergeführte Läden anzugehen. Die anderen Vermummten die Eisenstangen aus der Hand nahmen, die Nachbarn halfen, ihre Fahrräder in Sicherheit zu bringen und sinnlosen Flaschenbewurf entschieden unterbanden. Die auch ein Feuer löschten, als im verwüsteten und geplünderten „Flying Tiger Copenhagen“ Jugendliche versuchten, mit Leuchtspurmunition einen Brand zu legen, obwohl das Haus bewohnt ist.

Es liegt nicht an uns zu bestimmen, was hier falsch gelaufen ist, welche Aktion zu welcher Reaktion geführt hat.

Was wir aber sagen können: Wir leben und arbeiten hier, bekommen seit vielen Wochen mit, wie das „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“ ein Klima der Ohnmacht, Angst und daraus resultierender Wut erzeugt.

Dass diese nachvollziehbare Wut sich am Wochenende nun wahllos, blind und stumpf auf diese Art und Weise artikulierte, bedauern wir sehr. Es lässt uns auch heute noch vollkommen erschüttert zurück.

Dennoch sehen wir den Ursprung dieser Wut in der verfehlten Politik des Rot-Grünen Senats, der sich nach Außen im Blitzlichtgewitter der internationalen Presse sonnen möchte, nach Innen aber vollkommen weggetaucht ist und einer hochmilitarisierten Polizei das komplette Management dieses Großereignisses auf allen Ebenen überlassen hat.

Dieser Senat hat der Polizei eine „Carte Blanche“ ausgestellt – aber dass die im Rahmen eines solchen Gipfels mitten in einer Millionenstadt entstehenden Probleme, Fragen und sozialen Implikationen nicht nur mit polizeitaktischen und repressiven Mitteln beantwortet werden können, scheint im besoffenen Taumel der quasi monarchischen Inszenierung von Macht und Glamour vollkommen unter den Tisch gefallen zu sein.

Dass einem dies um die Ohren fliegen muss, wäre mit einem Mindestmaß an politischem Weitblick absehbar gewesen.

Wenn Olaf Scholz jetzt von einer inakzeptablen „Verrohung“, der wir „uns alle entgegenstellen müssen“, spricht, können wir dem nur beizupflichten.

Dass die Verrohung aber auch die Konsequenz einer Gesellschaft ist, in der jeglicher abweichende politische Ausdruck pauschal kriminalisiert und mit Sondergesetzen und militarisierten Einheiten polizeilich bekämpft wird, darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben.

Aber bei all der Erschütterung über die Ereignisse vom Wochenende muss auch gesagt werden:

Es sind zwar apokalyptische, dunkle, rußgeschwärmte Bilder aus unserem Viertel, die um die Welt gingen.

Von der Realität eines Bürgerkriegs waren wir aber weit entfernt.

Anstatt weiter an der Hysterieschraube zu drehen sollte jetzt Besonnenheit und Reflexion Einzug in die Diskussion halten.

Die Straße steht immer noch, ab Montag öffneten die meisten Geschäfte ganz regulär, der Schaden an Personen hält sich in Grenzen.

Wir hatten als Anwohner mehr Angst vor den mit Maschinengewehren auf unsere Nachbarn zielenden bewaffneten Spezialeinheiten als vor den alkoholisierten Halbstarcken, die sich gestern hier ausgetobt haben.

Die sind dumm, lästig und schlagen hier Scheiben ein, erschießen dich aber im Zweifelsfall nicht.

Der für die Meisten von uns Gewerbetreibende weit größere Schaden entsteht durch die Landflucht unserer Kunden, die keine Lust auf die vielen Eingriffe und Einschränkungen durch den Gipfel hatten – durch die Lieferanten, die uns seit vergangenem Dienstag nicht mehr beliefern konnten, durch das Ausbleiben unserer Gäste.

An den damit einhergehenden Umsatzeinbußen werden wir noch sehr lange zu knapsen haben.

Wir leben seit vielen Jahren in friedlicher, oft auch freundschaftlich-solidarischer Nachbarschaft mit allen Formen des Protestes, die hier im Viertel beheimatet sind, wozu für uns selbstverständlich und nicht-verhandelbar auch die Rote Flora gehört. Daran wird auch dieses Wochenende rein gar nichts ändern.

In dem Wissen, dass dieses überflüssige Spektakel nun vorbei ist, hoffen wir, dass die Polizei ein maßvolles Verhältnis zur Demokratie und den in ihr lebenden Menschen findet, dass wir alle nach Wochen und Monaten der Hysterie und der Einschränkungen zur Ruhe kommen und unseren Alltag mit all den großen und kleinen Widersprüchen wieder gemeinsam angehen können.

Einige Geschäftstreibende aus dem Schanzenviertel
BISTRO CARMAGNOLE
CANTINA POPULAR
DIE DRUCKEREI - SPIELZEUGLADEN
SCHANZENVIERTEL
ZARDOZ SCHALLPLATTEN
EIS SCHMIDT
JIM BURRITO'S
TIP TOP KIOSK
JEWELBERRY
SPIELPLATZ BASCHU e.V.
MONO CONCEPT STORE





Grenzenlose Solidarität – auch nach G20!

Leider mussten wir im Zuge der G20-Proteste feststellen, dass auch und vor allem Jugendverbände vor Polizeigewalt nicht verschont bleiben konnten. Wir verurteilen mit besonderem Nachdruck die gezielte Kriminalisierung von offensichtlich friedlichen Jugendlichen und ihren demokratischen Verbänden.

Unsere grenzenlose Solidarität gilt daher den Kolleginnen und Kollegen, die am Samstagmorgen, den 08.07., in ihrem Reisebus kurz vor der Hamburger Stadtgrenze von der Polizei aufgehalten wurden. Der entsetzliche Umgang mit den teils minderjährigen Jugendlichen gilt es nicht nur scharf zu kritisieren, sondern es bedarf an Aufklärung und Erklärung! Noch heute leiden die Jugendlichen unter den traumatischen Erlebnissen und beanspruchen weiterhin psychologische Hilfe. Wir fragen uns, seit wann ein friedlicher Protest und freie Meinungsäußerung eine Gefahr für das Allgemeinwohl darstellt? Im Gegenteil, sie ist das Wesentliche, was eine Demokratie ausmacht!

Des Weiteren ist der faschistoide Umgang während des Gewahrsams mehr als unbegreiflich und grauenhaft. Die Momente, die die Jugendlichen erleben mussten, sind solche, vor denen sie ohne wenn und aber geschützt werden müssen.

Dabei sind demokratische Jugendverbände, ihre Inhalte sowie Ziele, die die Polizei immer wieder kriminalisiert und versucht unzumutbar unter ihre Kontrolle zu bringen, eine Bereicherung für unsere vielfältige Gesellschaft! Grenzenlose Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen!

Wir erheben unsere Stimme mit euch und für euch!

17. Juli 2017



Eine Zukunft hat die Jugend in diesem Land, wenn sie ihren Gegner beim Namen nennt und ihn zu schlagen lernt, den deutschen Imperialismus

Der G20-Gipfel ist vorbei – der deutsche Imperialismus steht nach wie vor: Nichts, aber auch gar nichts hat sich geändert am Massenmord im Mittelmeer, am Hunger und Elend auf der Welt, an Leiharbeit, an Arbeitshetze in den Betrieben, an Abschiebungen unserer Mitschülern, an den deutschen Panzern an der russischen Grenze.

Das System des deutschen Imperialismus heißt Gewalt. Nur sie lässt ihn überleben. Gezeigt hat er sie in Hamburg. Der Staatsapparat hatte sich aufgestellt und auf uns eingeschlagen. Und als die letzten Regierungschefs Hamburg verlassen haben, lagen schon die ersten Vorschläge zum weiteren Aus- und Umbau des Staatsapparats auf dem Tisch: Zwei Wochen nach Hamburg peitscht die CSU bei Enthaltung der SPD ein Gesetz durch den bayerischen Landtag, welches dauerhaft alles und jeden in den Knast stecken lässt. Ohne Urteil, ohne Tat. Schutzhaft nannten das die Nazis. Der Gewaltenapparat hatte aufgerufen: Kommt nach Hamburg und wir testen, was wir können. Und vor allem die Jugend kam nach Hamburg und ist ins offene Messer gelaufen.

Die Zersplitterung und Unorganisiertheit – gerade der Jugend – gepaart mit der Wut und Empörung auf die Herrschenden und ihr System war ein gefundenes Spielzeug für den Gewaltenapparat. Hat es Sinn gemacht, bei der geplanten Eskalation und der angekündigten Bürgerkriegsübung gegen uns in Hamburg die Statisten zu spielen? Hätte es nicht mehr Sinn gemacht den Gewaltenapparat in Hamburg Gewaltenapparat sein zu lassen und gleichzeitig eine konzentrierte Aktion anderswo durchzuführen?

War nach den „Integrationsgesetzen“ mit ihrer deutschen Leitkultur, dem über zehnjährigen Staatumbau, der die größer gewordene BRD erstarbt aus der Annexion der DDR nun auf neue Herausforderungen des alten deutschen Kriegskurses vorbereiten sollte, dem immer wieder geplanten und geübten Krieg gegen das eigene Volk nicht klar, was auf uns in Hamburg wartet? Wir hätten es wissen müssen.

Wir müssen aus Hamburg lernen, aus unserer Niederlage lernen! Lasst uns unsere Niederlagen in künftige Siege verwandeln! Ihre Macht ist brüchig. Was sie in Hamburg gegen uns aufgefahren haben, zeigt wie groß die Angst der Herrschenden vor einer organisierten Bewegung ist. Wie einfach ist es da sie von ihrem Thron zu stoßen, wenn wir sie da angreifen, wo sie am schwächsten sind, wenn wir sie dort angreifen, wo die Grundlage ihres System ist – in der Produktion. Die Hamburger Schüler traten in den Schulstreik. Streik in der Schule, Streik in der Fabrik! So wird aus unseren Forderungen ein Schuh. Denn wenn alle Bänder still stehen, wird ihnen auch ihre Gewalt nichts mehr nützen. Das wissen auch die Herrschenden.

Kein Streik allein wird den deutschen Imperialismus in die Knie zwingen. Aber er ist es, der den Sturz der Ausbeuterklasse, das Ende ihres Krieges, in die Bahnen lenkt, die uns nicht mehr ins offene Messer laufen lassen. Dieser Kampf erfordert keine Distanz von irgendwem, wie es die Reaktion gerne möchte. Dieser Kampf verlangt Klarheit vor dem Gegner, mag er uns noch so sehr provozieren und versuchen, in die Knie zu zwingen. Kämpfen wir vereint gegen unseren größten Feind - den deutschen Imperialismus. Kämpfen wir gemeinsam an Schulen, Betrieben, Hochschulen und in der Gewerkschaft – gerade auch gegen den Staatsapparat in unseren Reihen in Form der „Gewerkschaft der Polizei“ – um der berechtigten Wut und Empörung einen organisierten Rahmen zu geben.

**Eine revolutionäre Jugend kann – vereint und organisiert – die größten Siege erringen!
Die Geschichte ist voller großartiger Beispiele. Nehmen wir uns daran ein Beispiel!
Revolution statt Krieg!**

(FDJ Zentralrat)



Der Hamburger Senat trägt die politische Verantwortung für diesen Einsatz. Wir erwarten von ihm eine klare Verurteilung dieser Verletzungen der Versammlungsfreiheit, der freien anwaltlichen Tätigkeit und der Pressefreiheit und eine detaillierte Aufarbeitung der Vorfälle. Wir vermissen bisher klare Worte.

Wir kritisieren die Gewalteskalation und Grundrechtsverletzungen. Wir fordern eine gründliche Aufarbeitung sowie politische Konsequenzen. Für alle kommenden Demonstrationen erwarten wir, dass die Versammlungsfreiheit gewahrt wird! #G20HH2017 #NoG20

GRÜNE JUGEND kritisiert Grundrechtsverletzungen und Polizeigewalt

Gestern Abend hat die Polizei die „Welcome to hell“-Demonstration mit einer massiven Machtdemonstration auseinandergetrieben und aufgelöst. Die Polizei stellte sich der Demonstration von Beginn an in den Weg. Durch die mangelnden Ausweichmöglichkeiten an einer eingemauerten Straße wurden viele Menschen dabei in Gefahr gebracht. Die GRÜNE JUGEND kritisiert die Eskalation und die Grundrechtsverletzungen durch die Polizei im Rahmen der G20-Proteste.

Jamila Schäfer, Bundessprecherin der GRÜNEN JUGEND erklärt: „Vielen seriösen Medienberichten zufolge ging die Gewalt zunächst von der Polizei aus. Die Polizei brachte durch ihr eskalatives Vorgehen alle Beteiligten in Gefahr. Natürlich finden wir Flaschen werfen oder das Anzünden von Gegenständen als Protestform falsch und nicht rechtfertigbar. Solche Aktionen schaden Menschen und lenken den Blick von den Anliegen unseres friedlichen Protests ab. Die Polizei muss unabhängig davon stets auf einer rechtsstaatlichen Grundlage agieren und situationsabhängig und verhältnismäßig reagieren. Durch die Nicht-Erteilung polizeilicher Auflagen liegt jedoch der Eindruck nahe, dass die Polizei von Anfang an geplant hatte, die Demonstration nicht laufen zu lassen. Diese pauschale Einschränkung der Versammlungsfreiheit ist untragbar. Der gestrige Einsatz, die unverhältnismäßige, polizeiliche Räumung des Camps in Entenwerder am Sonntagabend, die riesige Demoverbotszone und die scheinbar wahllose Entziehung von Presseakkreditierungen durch das Bundeskriminalamt – all das ist einer Demokratie unwürdig.“

Bundessprecher Moritz Heuberger ergänzt: „Die Null-Toleranz-Strategie und die Pauschal diffamierungen des Protests durch die Polizei sind vollkommen inakzeptabel. Für alle kommenden Demonstrationen erwarten wir, dass die Versammlungsfreiheit gewahrt wird. Das trauen wir Einsatzleiter Dudde nicht zu. Deshalb fordern wir seine sofortige Absetzung. Der Hamburger Senat trägt die politische Verantwortung für diesen Einsatz. Wir erwarten von ihm eine klare Verurteilung dieser Verletzungen der Versammlungsfreiheit, der freien anwaltlichen Tätigkeit und der Pressefreiheit und eine detaillierte Aufarbeitung der Vorfälle. Wir vermissen bisher klare Worte. Als Bürgerrechtspartei müssen Grüne klar an der Seite sozialer Bewegungen und des friedlichen Protests stehen. Das muss gerade in Situationen wie zum G20-Protest erkennbar sein.“

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)



G20: Gezielte Eskalation

Wie die Hamburger Polizei mit Gewalt das Gipfeltreffen der Gewalttäter durchsetzt

Was ist passiert?

Die Polizei hat bei der gestrigen „Welcome to hell“-Demo bewusst eskaliert. Zur Erinnerung: Es handelte sich um eine angemeldete Demonstration. Schon am Mittwoch berichtete der Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. allerdings: „seit heute liegt die Anmeldebestätigung für die morgige Demonstration „Welcome to Hell“ vor. Sie enthält: nicht eine einzige Auflage. Die angemeldete Route endet mit einer Abschlusskundgebung des „größten schwarzen Blocks aller Zeiten“ direkt am Messegelände. Das ist ein derartig krasser Widerspruch zu dem wochenlangen Propagandagetrommel von der heranrollenden Gewaltwelle, dass zu befürchten ist, dass die Polizeiführung bereits jetzt entschlossen ist, die Demonstration überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Die Hamburger Polizei hat Erfahrung mit solcher Taktik.“ (<https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/node/22>)

Die Befürchtung hat sich voll bestätigt. Die Polizei kesselte die Demonstration nach wenigen hundert Metern ein. Mehrere NDR Reporter vor Ort berichten übereinstimmend, dass von den Demonstranten zunächst keine Gewalt ausgegangen sei. Dann hätte es offenbar einen einzelnen Flaschenwurf eines möglicherweise angetrunkenen Mannes, den Demonstrationsteilnehmer selbst von der Menge isolierten. Offenbar gab es auch im „schwarzen Block“ Ansagen, keine Gegenstände auf die Polizei zu werfen und eine Eskalation zu vermeiden. Die von der Polizei geforderte Trennung der Demonstranten vom „schwarzen Block“ gestaltete sich schwierig. Die Demonstranten fühlten sich faktisch von mehreren Seiten eingekesselt. (<https://kurzlink.de/www.ndr.de>). Dennoch setzte die Polizei völlig unverhältnismäßig Wasserwerfer, Tränengas und Schlagstöcke gegen die DemonstrantInnen ein (<https://vimeo.com/224524911>).

Gewollte Gewalt

„In Hamburg werden DemonstrantInnen verprügelt und demokratische Grundrechte dem Erdboden gleichgemacht. Wenn ähnliches in anderen Ländern, die der Bundesregierung gerade nicht so gut ins politische Konzept passen, passiert, spricht man von Diktaturen und Unrechtsstaaten.“, so Lena Kreymann, stellvertretende Bundesvorsitzende der SDAJ. Bereits zuvor hatte der rot-grüne Senat gebilligt, dass auf 38 km² in Hamburg die Versammlungsfreiheit komplett ausgesetzt wird. Jetzt Bilder eskalierender Gewalt und Straßenschlachten dient einzig und allein dazu den legitimen Protest gegen G20 zu kriminalisieren und die Prügelorgie der Polizei zu rechtfertigen.

Warum G20?

Schon die Wahl des Austragungsortes Hamburg zeigte: Die Bundesregierung will hier ein Zeichen setzen. Sie will zeigen, dass man gegen alle Widerstände einen solchen Gipfel durchsetzen kann – und wenn es sein muss dann eben mit Gewalt. Genau so ist es jetzt gekommen. Gleichzeitig ist der Gipfel für Merkel & Co. ein wichtiger Test: Wie gut ist die Polizei bereits in der Aufstandsbekämpfung geübt? Wie viel Militäreinsatz im Inneren wird von der Bevölkerung toleriert? Wie weit kann man demokratische Grundrechte schon einschränken, ohne dass es auch bei bürgerlichen Demokraten einen Aufschrei gibt? Demokratie gibt es im Kapitalismus nur genau so viel wie es braucht, um die Bevölkerung ruhig zu halten: Abstimmen ja, bestimmen nein – Opposition und andere Meinungen ja, aber nur so lange kein praktischer Widerstand aus ihr folgt. Wenn doch, siehe Hamburg, wird der Staat sehr ungemütlich.

Warum gegen G20?

Das Recht zu demonstrieren, unsere Ablehnung zu äußern und Widerstand zu leisten wird uns nicht geschenkt, sondern es muss aktiv verteidigt werden – gegen die Bundesregierung und ihre Polizei. Das zeigt Hamburg überdeutlich und ist allein schon Grund genug gegen den Gipfel zu sein. Aber auch allgemein ist die

STELLUNGNAHMEN

G20 nichts Wünschenswertes: Sie sind vor allem ein elitärer Club mächtiger Staaten, der sich vor allem darum kümmert seine Interessen gegen den Rest der Welt durchzusetzen. Das heißt gegenüber anderen Staaten, aber auch gegenüber uns, der arbeitenden und lernenden Jugend, gegenüber der normalen Bevölkerung. Merkel beklagt den Ausstieg der USA aus dem Klimaabkommen und verhindert auf EU-Ebene schärfere Abgasnormen, damit die deutsche Autoindustrie weiter fette Profite macht. Merkel beklagt den Protektionismus Trumps und fordert aber Schutz der deutschen Stahlindustrie gegen die chinesische Konkurrenz. Trump ist ein böser Rassist, weil er eine Mauer an der Grenze zu Mexico bauen will, aber für die „europäische Grenzsicherung“, also der Grund warum jedes Jahr Tausende Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken (richtiger: ermordet werden), sollen die Mittel aufgestockt werden. Die Liste ließe sich fortsetzen: Was den heimischen Banken und Konzernen nützt, dafür steht die Bundesregierung und ihre Kanzlerin. Und was der heimischen Wirtschaft nützt, das geht auf unsere Kosten. Die Profite schaffen wir. Unsere niedrigen Löhne, unsere kaputten Schulen, die fehlenden Lehrer, der Ausbildungsplatzmangel, das ist die Grundlage dafür, dass die deutsche Wirtschaft brummt.

Die G20 sind die Verursacher von Krieg, Krise und Klimawandel! Die Bundesregierung ist dabei kein bisschen besser als andere Staatspräsidenten.

Der G20-Gipfel kostet Millionen – Millionen, die wir für Bildung und Ausbildung bräuchten!

Der G20-Gipfel bedeutet massive Einschränkung demokratischer Rechte, Polizeiknüppel und Wasserwerfer.

7. Juli 2017

Erklärung der Bundesgeschäftsführung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)



Zeit für Solidarität – Zeit für Demokratie und Aufklärung

Offener Brief der SJD - Die Falken NRW zur 4-stündigen Gewahrsamnahme ihres Busses mit Minderjährigen und jungen Erwachsenen auf dem Weg zur Anti-G20 Demonstration

Die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SJD – Die Falken) sind ein unabhängiger und selbstorganisierter, politischer und pädagogischer Kinder- und Jugendverband.

Unser Verband ist Teil der Arbeiter*innenjugendbewegung und aus der Selbstorganisation junger Arbeiter*innen entstanden. Seit 113 Jahren vertreten bei uns Kinder und Jugendliche ihre Rechte und Interessen selbst und kämpfen für eine andere Gesellschaft.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität gründet. Wir sind Mitglied des Landesjugendring NRW und in vielen Städten und Gemeinden vertreten.

Am 08.07.2017 organisierten wir einen Bus zur Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ in Hamburg, um an den dortigen Demonstrationen gegen den Gipfel teilzunehmen. Auch in den Tagen vorher waren Freund*innen in Hamburg und haben sich am Gegengipfel, dem Schüler*innenstreik von „Jugend gegen G20“ und bei Akten des zivilen Ungehorsams (wie Streiks und Sitzblockaden) beteiligt.

In besagtem Bus saßen 44 junge Menschen (einige von ihnen minderjährig). Neben Falken waren dort auch Mitglieder der Grünen Jugend NRW, der DGB Gewerkschaften und der Alevitischen Jugend NRW anwesend. Unsere Anreise war über das Bündnis „Jugend gegen G20“ in Hamburg offiziell bei der Polizei und dem ZOB (Zentraler Omnibusbahnhof Hamburg) angekündigt.

Ab ca. 7.00 Uhr wurde unser Bus von mehreren Polizeiwagen eskortiert, die verhinderten, dass wir von der Autobahn abfahren. Erst gegen 7.45 Uhr wurden wir auf einen Rasthof unmittelbar vor Hamburg geleitet.

Vor Ort standen ca. 30 Polizist*Innen die sich ihre Schutzausrüstung anzogen und den Bus umstellten. Uns wurde mitgeteilt, dass in Kürze weitere Kräfte hinzukommen, die unseren Bus durchsuchen würden.

Einige Zeit später tauchten 50 BFE'ler*innen (Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten) auf, die in voller Montur die vorherigen Polizist*innen ablösten. Sie setzten ihre Helme auf und zogen sich Handschuhe an. Einzelne BFE'ler machten Drohgebärden in Richtung unserer Jugendlichen. Der Einsatzleiter stellte klar, dass von uns „ab sofort keine hektischen Bewegungen mehr durchzuführen“ seien. Sowohl in dem Moment, aber auch später blieben alle jungen Menschen ruhig und besonnen, trotz dieses massiven, einschüchternden Aufgebotes.

Einige Zeit verging, ohne dass etwas passierte. Schließlich teilte uns der Einsatzleiter mit, dass wir nun in ein „gesichertes Objekt“ gebracht würden, um dort unsere Personalien aufzunehmen und uns zu durchsuchen. Danach könnten wir dann „möglicherweise zur Demonstration weiter“. Das BFE stieg bewaffnet und verummt in unseren Bus und verließ den Bus später nur im Austausch gegen andere BFE'ler*innen.

Wir wurden erneut in einer Eskorte von ca. 10 Polizeifahrzeugen zu einem uns nicht bekannten Ort gebracht. Erst kurz vor der Einfahrt erkannten wir, dass es sich um die Gefangenenansammelstelle (GeSa) in Hamburg-Harburg handelte.

In der GeSa angekommen wurden wir einzeln nacheinander heraus gebeten, und wurden durchsucht. Dabei war die Behandlung sehr unterschiedlich. Einige wurden neutral behandelt – andere wurden geschlagen, mit ihren Händen auf dem Rücken abgeführt oder ihnen wurden Handschellen angedroht. Einige der Jugendlichen mussten sich komplett nackt ausziehen (andere bis auf die Unterwäsche) und wurden dann intensiv abgetastet. Bei den WC-Gängen mussten bei allen die Türen offen bleiben. Der Hinweis, dass wir

STELLUNGNAHMEN

Minderjährige im Bus haben, ein Jugendverband sind und zu einer angemeldeten Demonstration wollten spielte dabei keine Rolle.

Während der gesamten Prozedur wurde uns nicht klar gesagt, was mit uns passieren soll. Die Aussagen der Polizei gegenüber den Abgeführten reichten von „Ihr dürft bald weiter fahren“;

„Ihr bleibt in der GeSa bis morgen Abend“, bis „Ihr werdet nun dem Haftrichter vorgeführt“. Scheinbar hatten alle Polizist*innen andere Informationen. Den Jugendlichen im Bus wurde jegliche Information verweigert.

Obwohl unseren Jugendlichen in Gewahrsam ein Anruf (und den Minderjährigen sogar zwei) zugestanden hätte, wurde dieser nicht gewährt. Kontakt zu Anwält*innen konnten nur diejenigen herstellen, die noch im Bus saßen. Bis die Polizei den im Bus sitzenden allerdings endlich sagte, dass gerade der gesamte Bus in Gewahrsam genommen wird, saß bereits ein Drittel unserer Freund*innen in den Zellen.

Nachdem etwa die Hälfte der Jugendlichen abgeführt worden war, änderte sich das Verfahren schlagartig. Die Verbleibenden wurden weder durchsucht, noch wurden ihre Personalien kontrolliert. Nach jeweils einem kurzen Gespräch mit einem Polizisten wurden sie alle wieder zu-rück in den Bus geschickt, dabei sollte zunächst jeder auf einen einzelnen Doppelsitz und auch die Kommunikation untereinander war nur bedingt erlaubt. Nach ein bis zwei Stunden wurden die Anderen nach und nach entlassen und bekamen ihre Sachen zurück. Gegen 12.20 Uhr waren endlich alle wieder im Bus und wir konnten los zur Demonstration, die bereits um 11 Uhr begonnen hatte. Die Stimmung war trotz dieser Behandlung entschlossen, solidarisch und friedlich.

Wir sind aktuell in Kontakt mit Anwält*innen, die uns beraten, ob und inwiefern wir juristisch vorgehen können.

Erst im Nachhinein und in den vergangenen Tagen berichteten unsere Jugendlichen über ihre Gefühle von Ohnmacht, Hilflosigkeit und der Einschüchterung, der sie ausgesetzt waren. Einige von ihnen brauchen aktuell psychologische Unterstützung. Wir stehen natürlich auch in engem Kontakt mit ihnen und versuchen sie zu unterstützen, wo es möglich ist.

Neben dieser akuten Erfahrung sind für viele die Reaktionen im Internet, Medien und in ihrem Umfeld (Schule, Betrieb und Familie) belastend. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie selbst Schuld seien, wenn sie gegen den G20-Gipfel demonstrieren und, dass solch ein Verfahren notwendig und legitim sei, um für die Sicherheit des G20-Gipfels zu sorgen.

Für uns ist aber klar: Jugendliche, die in einem angemeldeten Bus zu einer angemeldeten Demonstration fahren, ohne Grund vier Stunden lang darin zu hindern, kann und darf nicht legitim und normal sein. Wir wollten gegen Krieg, Armut und Kapitalismus demonstrieren – dagegen dass die meisten von der Politik der G20 Betroffenen dort kein Wort mitreden können. Wir haben nicht und werden niemals schweigend zusehen, wie Diktatoren, die in ihren Ländern die Opposition unterdrücken, Menschen mit unliebsamer Meinung einsperren und Minderheiten verfolgen, in Hamburg – oder anderswo – hofiert werden.

Unser Protest ist legitim und demokratisch – anders als die faktische Aufhebung der Gewalten-teilung letztes Wochenende in Hamburg. Neben unserer in Gewahrsamnahme, gab es weitere ähnliche Fälle. Außerdem gab es Einschränkungen der Pressefreiheit, Demonstrationsverbote auf insgesamt 40 km², Behinderung der Arbeit von Rechtsanwält*innen (namentlich dem RAV), Versuche den Demonstrierenden erst gerichtlich die Camps zu verbieten, und sie anschließend trotz gerichtlicher Genehmigung zu räumen, einen generellen Verdacht gegen alle Demonstrant*innen, eine Ignoranz der Unschuldsvermutung und generell vollkommen unverhältnismäßige Eingriffe.

All dies wird von uns klar als Repression gegen unser politisches Engagement wahrgenommen. Klar ist aber auch: wir lassen uns trotzdem nicht einschüchtern! Gerade jetzt machen wir weiter und werden demonstrieren, uns organisieren und bilden. Das bedeutet für uns konkret, dass wir eine solidarische Debatte in der linken Bewegung brauchen, wie wir mit dem vergangenen Wochenende in Hamburg umgehen und wie wir weiter machen.

Wir gehen weiter auf die Straße, um für eine gerechtere Welt zu kämpfen. Dafür braucht es aber eine Polizei, Politik und Justiz, die berechenbar ist und auf dem Boden der Gesetze arbeitet.

Jetzt braucht es klare Solidarität von unseren Freund*Innen und Verbündeten, die dieses Vorgehen der Polizei kritisieren, uns den Rücken stärken und sich gegen den Abbau von demokratischen Rechten aussprechen!

Freundschaft!

12.07.2017

Paul M. Erzkamp, Landesvorsitzender SJD – Die Falken, LV NRW

PM 11/2017

NRW-Falken klagen gegen Hamburger Polizei

Am Samstag, 08.07.2017 war ein Bus mit 44 jungen Menschen auf dem Weg von NRW nach Hamburg zur Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ unterwegs. Der Bus, welcher vom Landesverband NRW der SJD – Die Falken NRW organisiert wurde, wurde über mehrere Stunden von der Polizei aufgehalten.

„Nach reiflicher Prüfung und Beratung haben Anna Cannavo und ich uns heute entschieden gegen die rechtswidrige Freiheitsentziehung durch die Hamburger Polizei zu klagen“, äußert sich Paul M. Erzkamp, Landesvorsitzender der SJD – Die Falken, LV NRW. „Die gesamte Maßnahme griff massiv in die Freiheitsrechte der teilweise minderjährigen Teilnehmer*Innen ein. Wir wollen eine Feststellung durch das Verwaltungsgericht, dass dies rechtswidrig war. Es muss klar gestellt werden, dass junge Menschen keine Angst vor polizeilicher Repression haben brauchen, wenn sie zu einer angemeldeten Demonstration fahren.“

Vertreterinnen und Vertreter aus dem G20 Bus der SJD - Die Falken NRW wurden 4 Stunden in der Gefangenenensammelstelle (GESA) in Hamburg-Harburg festgehalten. Auch Minderjährige waren im Bus und mussten sich bei Kontrollen teilweise nackt ausziehen und abtasten lassen. Anschließend wurden sie in Zellen verbracht. Anrufe bei Anwält*innen wurden ihnen die ganze Zeit über verweigert.

Erst gegen Mittag wurde die Maßnahme abgebrochen und die Teilnehmenden konnten weiter zur Demonstration fahren.

„Nach Kontrolle von rund der Hälfte der Anreisenden, wurde die Maßnahme abgebrochen. Die verbleibenden Anreisenden mussten nicht einmal ihren Ausweis vorzeigen. Diejenigen, die bereits kontrolliert und in die Zellen gebracht wurden, wurden dann nach und nach entlassen“, führt Anna Cannavo, Mitglied des Landesvorstandes der SJD – Die Falken, LV NRW aus. „Der Polizei muss erst dann klar geworden sein, dass ihr Vorgehen falsch war. Trotzdem gab es kein Wort der Erklärung oder Entschuldigung. Wir hoffen nun auf eine Aufklärung, wie ein solches Vorgehen, welches gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt, passieren konnte.“

Die anderen Mitreisenden werden in den nächsten Tagen von Anwält*innen beraten und ebenfalls Klagen einreichen.

Max Lucks, Sprecher der GRÜNEN JUGEND NRW, war Mitreisender: "Unsere Grundrechte sind beschnitten worden, unser Grundvertrauen in den Staat wurde uns genommen. Dieser Vorfall war nicht nur eine Bagatelle oder ein Fehler im Betriebsablauf, sondern ein Angriff auf den Rechtsstaat. Und für den treten wir jetzt ein!"

In der letzten Woche wurde der offene Brief zu dem Thema mehrere hundertmal geteilt und es gab Solidaritätsbekundungen zahlreicher Einzelpersonen und Organisationen wie z.B. von den Jusos NRW, der Grünen Jugend NRW, der Naturfreundejugend NRW und der DIDF Jugend.

„Wir bedanken uns für die große Solidarität unserer befreundeten Verbände.“, schließt Paul M. Erzkamp ab. „Die Auswertung der Proteste rund um den G20-Gipfel ist von einer pauschalen und undifferenzierten Kritik geprägt, in der auch den Demonstrierenden, von denen keine Eskalation ausging, oft empfohlen wird "zuhause zu bleiben und still zu sein". Dem widersprechen wir und fordern alle demokratischen Kräfte auf, dies auch zu tun. Diese kapitalistische Welt ist grundlegend ungerecht und produziert Umweltzerstörung, Armut und Krieg. Wir werden weiter auf die Straße gehen, um für eine bessere Welt zu kämpfen.“

Falken bedanken sich für Entschuldigung, halten jedoch an Klage fest

Wie bereits vom Senat in der Bürgerschaft Hamburg am 19. Juli 2017 angekündigt, erreichte die Falken in NRW die Entschuldigung durch den Polizeipräsidenten Ralf Martin Meyer wegen der Buskontrolle der Jugendorganisation.

Der Bus des Jugendverbandes ist am 8. Juli 2017 auf den Weg zur Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ von der Polizei gestoppt und in die Gefangenenensammelstelle (GeSa) geführt worden. Hier mussten sich die teilweise minderjährigen Jugendlichen einer erniedrigenden Untersuchung inklusiver nackt ausziehen unterziehen. Darüber hinaus wurde ihnen untersagt anwaltliche Hilfe einzuschalten. Dies alles im Wissen der anwesenden Polizist*innen, dass es sich um Insassen des Kinder- und Jugendverbandes sowie Mitgliedern der Grünen Jugend NRW und der Alevitischen Jugend NRW handelte.

„Wir bedanken uns für die Entschuldigung des Senates und des Polizeipräsidenten für die Vorkommnisse in Hamburg und die Einsicht, dass es sehr wohl Fehler in der Arbeit der Polizei gab.“, erklärt Paul M. Erzkamp, Vorsitzender der Falken in NRW. „Dies kann aber natürlich nur ein erster Schritt sein. Wir halten an der eingereichten Klagen fest. Unsere Bürger*innen-Rechte wurden massiv verletzt und ignoriert. Wir würden es aber sehr begrüßen, auch im Interesse der Teilnehmenden jungen Menschen, dass die Polizei die Klage anerkennt und ein schnelles und unbürokratisches Entschädigungsverfahren durchführt.“, so Paul M. Erzkamp weiter.

„Auch wenn es in der führenden Politik in Hamburg und in Teilen der breiten Gesellschaft niemand wahr haben möchte: Die Polizei hat mehrfach unberechtigt Gewalt angewendet, Grundrechte missachtet und damit Bürger*innen, Journalist*innen und friedliche Demonstrant*innen verletzt. Dies muss aufgeklärt werden und es muss Konsequenzen mit sich bringen.“, fordert Anna Cannavo aus dem Falken-Landesvorstand in NRW, die ebenfalls im Bus saß und klagt.

Die Entschuldigung, dass die Durchsuchung nicht ihnen, sondern einem anderen Bus galt, macht die Falken auch nachdenklich und wütend, denn die Verletzung der Bürger*innenrechte war geplant, sollte nur andere Menschen treffen. Eine Situation mit denen der Kinder- und Jugendverband überhaupt nicht einverstanden ist.

„Eine Demokratie braucht die Sicherheit, dass jede*r seine Meinung kund tun darf. Viele Fragen sind daher noch offen und müssen geklärt werden. Dafür kämpfen wir Falken auch weiterhin und freuen uns auch über die vielen Solidaritätsbekundungen von Parteijugenden, Initiativen und Jugendorganisationen. Das Dialog-Angebot der Stadt Hamburg und der Polizei, werden wir den Mitfahrenden Personen nach den Sommerferien unterbreiten und gemeinsam mit unserem Anwalt beraten wie konkrete Forderungen und nächste Schritte aussehen könnten. Erstmal wünschen wir nun allen Betroffenen etwas Ruhe und Erholung und etwas Distanz zu den Vorfällen in unseren Sommerzeltlagern.“, so Erzkamp abschließend.



Solidarität mit den inhaftierten MitstreiterInnen! Verteidigen wir unsere demokratischen Rechte!

Betroffenenbericht von Mitgliedern der ver.di Jugend NRW-Süd zu den Grundrechtsverletzungen durch Polizei und Justiz beim G20-Gipfel

Fast der gesamte Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd, mehrere weitere ver.di-KollegInnen und andere Bonner MitstreiterInnen wurden beim G20-Gipfel Opfer von politischer Verfolgung, von tagelanger Freiheitsberaubung und massiver Aushebelung der demokratischen Grundrechte durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

In einer Gruppe von ca. 20 Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind wir am Donnerstag den 6. Juli in den frühen Morgenstunden nach Hamburg aufgebrochen. Trotz der wochenlang aufgebauten Drohkulisse durch Polizei und Regierung waren wir fest entschlossen, unser Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrzunehmen.

Für die meisten von uns war dies allerdings kaum möglich. Nach der ersten Nacht auf dem Camp wollten wir am Freitag den 7. Juli gemeinsam an den angekündigten Blockaden gegen das Gipfeltreffen teilnehmen. Doch soweit kam es nicht: Nach nur 20 Minuten stoppte die Polizei den Zug von 200 Menschen, dem wir uns angeschlossen hatten, dann ging alles blitzschnell. Von zwei Seiten wurde unser Demonstrationzug von gepanzerten und schwer bewaffneten Polizisten und zwei Wasserwerfern angegriffen und regelrecht zerschlagen. Für uns kam der Angriff der Polizei völlig aus dem Nichts, die Menschen flohen in Panik. Wer nicht rechtzeitig wegkam, bekam den Polizeiknüppel zu spüren, wurde auf den Boden gedrückt und zum Teil sogar dann weiter mit dem Schlagstock traktiert. Man schrie uns an: „Halt die Schnauze sonst kriegst du noch eine rein!“

„Ein solches Ausmaß von Polizeigewalt habe ich noch nicht erlebt. Das war keine Festnahme, sondern ein regelrechter Überfall der Polizei auf unsere Demonstration.“ erinnert sich Nils Jansen, Mitglied im Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd

Im verzweifelten Versuch, vor den um sich schlagenden Beamten zu flüchten, kletterten DemonstrantInnen in Panik über einen Zaun und stürzten anschließend eine mehrere Meter tiefe Mauer hinunter, wobei sie sich zum Teil schwer verletzten. Niemand von uns hatte so etwas je erlebt: Menschen lagen mit zum Teil offenen Brüchen auf dem Asphalt, Polizisten schlugen immer weiter auf DemonstrantInnen ein. Es waren acht (!) Rettungswagen nötig, um die verletzten Aktivisten ins Krankenhaus zu bringen.

Nachdem die Polizei uns vor Ort zum Teil mehrere Stunden festgehalten hatte, wurden wir dann in die sog. „Gefangenessammelstelle“ (Gesa) gebracht. Die Zustände in der Gesa waren entwürdigend. Wir wurden mit bis zu 5 Personen in einen fensterlosen Container mit nichts als einer Holzbank und glatten weißen Wänden gesperrt. Die „Zellen“ waren durchgehend, auch nachts, mit zermürendem Neonlicht beleuchtet und kaum belüftet. Die schlechte Luft, das Licht und die hohen Temperaturen haben es fast unmöglich gemacht, zu schlafen. Oft sind zusätzlich in regelmäßigen Abständen Polizisten in die Zelle gekommen oder haben an der Tür gerappelt, und uns angeschrien, sodass wir kaum schlafen konnten.

Wir alle mussten uns vor der Polizei nackt ausziehen, viele dann auch noch eine Kniebeuge machen. Eine junge Kollegin wurde gezwungen, unter den Augen der Beamten ihren Tampon herauszunehmen, und bekam anschließend keinen neuen. Einer weiteren Kollegin wurde von der Polizei bei der Festnahme ihre Brille entzogen, ohne die sie kaum etwas erkennen kann. Im Gefangenenentransport wurden wir Zeuge, wie eine Gefangene von der Polizei verprügelt wurde, um ihr anschließend Fußfesseln anzulegen. Das sind nur einige Beispiele, für die Demütigungen und Erniedrigungen, denen wir und unsere Mitgefangenen in der Gesa ausgesetzt waren.

STELLUNGNAHMEN

Alle außer den Minderjährigen KollegInnen wurden über 35 Stunden in der Gesa festgehalten. Bis wir einem Richter vorgeführt wurden mussten wir bis zu 30 Stunden warten, einen Anwalt sahen viele erst nach 12 Stunden und mehr. Der Anwalt eines Bonner Kollegen wurde in der Gesa von der Polizei tätlich angegriffen. Doch die Tortur endete nicht nach den 35 Stunden in der Gesa: Das provisorische „Schnellgericht“, das extra für den Gipfel eingerichtet wurde, kam der Forderung der Polizei nach, uns weitere 28 Stunden festzuhalten. Fast alle inhaftierten Bonner wurden in die JVA Billwerder verlegt und dort bis zum Sonntag den 9. Juli um 18 Uhr festgehalten. Aber damit nicht genug: Am Ende ist das provisorische Hamburger Amtsgericht der Forderung der Staatsanwaltschaft sogar soweit nachgekommen, dass drei KollegInnen in Untersuchungshaft gesteckt wurden! Unter Fadenscheinigen Gründen wurden den Bonnern „Fluchtgefahr“ attestiert, zwei von ihnen saßen von Freitag bis zum nächsten Freitag, also mehr als 170 Stunden, hinter Gittern.

Die ver.di Jugend NRW-Süd steht hinter den betroffenen MitstreiterInnen und ruft zu breiter Solidarität auf!

- Schluss mit der Kriminalisierung des legitimen Protests gegen die G20! Freiheit für die inhaftierten G20-AktivistInnen!
- Für die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte! Polizei, Justiz und Bundesregierung: Finger weg vom Versammlungsrecht!
- Kompromisslos für Frieden, für Umweltschutz, für grenzenlose Solidarität statt G20!

Spendet für von Repression betroffene AktivistInnen:

Rote Hilfe e.V.

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

Sparkasse Göttingen

Stichwort „G20“

MATERIAL zum Notstand der Republik

Vom Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin, am 13. und 14. Mai 2007

Mit den Referaten vom Jugendkongress zu folgenden Themen:

- Was ist das Besondere an der bürgerlichen Demokratie in der BRD
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Polizeien und Geheimdienste
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen der inneren und äußeren Sicherheit
- Hartz-Gesetze und die Jugend in der Bundeswehr
- Was ist der Staat



Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik in Nürnberg, am 02. und 03. Februar 2008

Mit den Referaten und Reden vom Aktivistentreffen zu folgenden Themen:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den „Heimatschutz“
- Die Demonstrationen am 3. November 2007



Aktivistentreffen | Notstand der Republik Dokumentation
02. – 03. Februar 2008 – Nürnberg



Zu den Ursachen des Notstands
Die Notwendigkeit der Gewerkschaft im Kampf gegen den Notstand
Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
Aktiv gegen den „Heimatschutz“
Die Demonstrationen am 3. November 2007

Broschüre Best off Infobriefe

Analysen, Fakten und Aktionen aus 7 Jahren Kampf gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung und die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie



Jugend gegen den Notstand der Republik
Analysen, Fakten und Aktionen aus 7 Jahren Kampf gegen Kriegsvorbereitung, Militarisierung und die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie

Broschüre „Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?“

Aus dem Inhaltsverzeichnis

- Zur Geschichte von Blohm & Voss
- Zur Kriegsgefahr heute – Warum solche Aktionen notwendig sind
- Die Aktion
- Der Prozess
- Solierklärungen
- Reaktionen der Presse
- Der Kampf geht weiter



Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.org. Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org) und können von dort aus auch bestellt werden.

Anhang FLUGBLÄTTER